Schwerpunkt: Bankensterben.
Kann sich die Institution Bank neu erfinden?

Kurzgeschichte: Nickolas Butler.
Exklusives vom Ausnahmeschriftsteller

schweizer monat

SEIT 1921

DIE AUTORENZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Ausgabe 1058
Juli/August 2018
CHF 22.– / Euro 19,–

Sag mir, wer ich bin!

Wie Identitätspolitik die Errungenschaften der Aufklärung gefährdet.

Mit Beiträgen von **Steven Pinker,** Andreas Rödder, Ivo Scherrer u.a.

«Die freiheitlichen Ordnungen der westlichen Welt befinden sich in einer Identitätskrise. Aus dieser herauszufinden, erfordert verantwortliche Führung, die den tiefgreifenden globalen Veränderungskräften ideologischer, technologischer und demographischer Natur Rechnung trägt und den Verlockungen identitäts-politischer Argumente widersteht.»

Andreas R. Kirchschläger
Delegierter des Stiftungsrates der Max Schmidheiny Stiftung

Brüchige Identitäten

Führung und Verantwortung in Zeiten des geopolitischen Umbruchs

Lange sah es aus, als seien dem Erfolg des westlichen Gesellschaftsmodells keine Grenzen gesetzt: die Kombination aus liberaler Demokratie, Marktwirtschaft, Dezentralität und stabilen rechtsstaatlichen Institutionen schickte sich an, von Europa aus die Welt zu erobern. Doch mit den europäischen Krisen und den anschliessenden Wahlerfolgen extremistischer Parteien am rechten und linken Rand in Polen, Ungarn und Italien, vielleicht schon mit der Absage der Ukraine im Hinblick auf ein EU-Assoziierungsabkommen im Jahr 2013 wurde klar: der Attraktivität des westlichen Modells sind offenbar vor der eigenen Haustüre neue Grenzen erwachsen. Immer weniger Mitbürger scheinen sich mit aufklärerisch-liberalen Werten wie Freiheit und Verantwortung identifizieren zu können.

Gleichzeitig weitet China seinen Einflussbereich stetig aus, indem es wirtschaftliche Freiheiten geschickt mit autokratischer Machtpolitik kombiniert. Das Primat «Privat vor Staat», das jahrzehntelang als Nukleus einer Erfolgsstrategie westlicher Prägung diente, erweist sich in einer Welt, in der dieser neue Hegemon die geopolitische und wirtschaftliche Agenda bestimmt, als scheinbarer strategischer Nachteil.

Der Westen hat auf diese neuen Herausforderungen keine klare Antwort, im Gegenteil: die transatlantische Allianz ist brüchig geworden, auch innerhalb Europas ist ein neuer, geopolitischer Konsens Wunschdenken. Höher im Kurs stehen Protektionismus, Tribalismus und Sezession. Das vorliegende Dossier zum Thema Identitätspolitik und Führungsverantwortung versammelt nun prominenteste Stimmen aus Politik, Wirtschaft und Kultur zu einer hochaktuellen Debatte. Es spannt dazu den weitestmöglichen Bogen: vom Wert der individuellen Selbstbestimmung bis zur Neuformulierung der grossen politischen Allianzen.

Wir wünschen anregende Lektüre!
Die Redaktion

Für die Unterstützung bei der Lancierung des Dossiers danken wir der Max Schmidheiny Stiftung.

Identität: Wer bin ich und wo gehöre ich dazu?

von Stefanie Stadler Elmer

Grosse Veränderungen im Leben – Wahl des Berufs, der Freundschaften, Lebenspartner und -partnerinnen, des Wohnorts – entscheiden wir aufgrund der Kenntnis unseres Selbst, unserer Identität. Die klassischen Fragen rund um Identität sind: Wer bin ich, woher komme ich und wohin will ich in und mit dieser Gesellschaft? Auch alltägliche Belange wie die Wahl von Kleidern, Freizeitbeschäftigung, Wohnungseinrichtung und politische Abstimmungsparolen verlangen Entscheidungen, womit ich mich identifiziere, was ich als zugehörig zu meiner Person erachte, zu welchen sozialen Gruppen ich gehören will. Wer meint, sich zu kennen – das eigene Selbst – und um die Wünsche und Ziele zu wissen, hat es leichter als jene, die ihre Identität und Wege ständig suchen und hinterfragen.

Selbstbewusstsein haben oder gewinnen, sich selbst verwirklichen und optimieren – das sind moderne, auf die Zukunft ausgerichtete Versprechungen, die haufenweise auf dem Büchermarkt, in Weiterbildungen und mit anderen Konsumgütern angeboten werden. Angebote, das Selbstbewusstsein zu stärken, orientieren sich aber nicht nur an der Zukunft, sondern auch an Vergangenheiten: Ich werde daran erinnert, zur Nation X zu gehören, zu dieser oder jener Sippe, Gruppe oder Minderheit. Das Erinnern an verschiedenartige Herkunft in der eigenen Vergangenheit eröffnet einen inneren Dialog: Wie will ich mich aufgrund dieser früher durchlebten sozialen Zugehörigkeit auch gegenwärtig oder zukünftig solidarisieren oder abgrenzen? Wo ist meine Position, meine Geschichte in dieser Gruppe? Beide Schienen von Identität – sich zukunftsgerichtet mit bestimmten Wünschen zu identifizieren und sich aufgrund des Erinnerns an vergangene Zugehörigkeit zu engagieren oder abzugrenzen – sind hochemotional. Beide betreffen die personale und zugleich soziale oder kollektive Identität.

Identität und Emotion

Die einflussreichste Emotion im Hinblick auf die Identität ist das Gefühl der sozialen Zugehörigkeit, ganz einfach deshalb, weil wir Menschen soziale Wesen sind und erst durch die Kommunikation mit anderen eine eigene Identität entwickeln können. Die zuerst als zwischenmenschlich erfahrene Kommunikation wird in das Selbst integriert und in der Form als verinnerlichter Dialog beibehalten.[1] Zur sozialen Zugehörigkeit ist ein zweites, wichtiges Merkmal von Identität hervorzuheben: die Abgrenzung oder Unterscheidung des Selbst von den anderen. Jeder Mensch beginnt, sich selbst zu erkennen, indem er Unterschiede zu anderen feststellt. Dies macht uns als Person einmalig. Lange bevor Kinder sich im Spiegel selbst erkennen und von sich mit «Ich» sprechen und nicht mehr mit dem eigenen Vornamen – etwa mit zwei Jahren –, haben sie sich von anderen zu unterscheiden gelernt. Dies geschieht zunächst ohne sprachliche Mittel.

Auch Gruppen markieren ihre Identität, indem sie nach innen Zusammengehörigkeit pflegen und sich nach aussen abgrenzen. Beide Bestandteile von Identität – das Zugehörigkeitsgefühl wie

auch das Unterscheiden und Abgrenzen – sind formbar: Selbst wo harte Fakten wie biologische Marker zur Identitätsfestlegung verwendet werden, wie beispielsweise durch die Haut- und Haarfarbe, zeigen gerade jüngste Diskussionen um das biologische Geschlecht, dass das Zuordnen doch nicht so eindeutig ist.

Die Formbarkeit von personaler und kollektiver Identität ist natürlich ein Einfallstor für Beeinflussungen aller Art. Das Spannende und ewig Herausfordernde liegt darin, dass die inneren und äusseren Einflüsse schwerlich dem Bewusstsein zugänglich sind. Das bedeutet, dass wir immer wieder Täuschungen ausgesetzt sind, während wir uns bemühen zu glauben, eigenständig, vernünftig oder gar rational unsere Handlungen zu gestalten und zu entscheiden. Selbst wenn wir meinen, mit uns selbst ehrlich und im Reinen und «ganz bei uns» zu sein, sind dies doch nur Augenblicke zwischen vielseitigen und wiederkehrenden inneren und äusseren Widersprüchen und Ambivalenzen, die wir durch ein Aushandeln verschiedener Standpunkte zu Zielen, Wünschen und Normen aufzulösen oder zu verschieben versuchen.

Die Formbarkeit der kulturellen Identität

Die Formbarkeit der personalen und kulturellen Identität zeigt sich am deutlichsten in der frühkindlichen Entwicklung, die die prägendste Phase unseres Selbst ist. Im Vergleich zu den Säugetieren erweist sich der neugeborene Mensch als biologische Frühgeburt: Während viele Tiere bald nach der Geburt stehen und sich fortbewegen können, braucht der Mensch zu diesen Schritten meist etwa ein Jahr. Er braucht zum Überleben intensive soziale Fürsorge, und diese soziale Investition bringt den Vorteil, dass das Wachstumspotenzial, vor allem des Gehirns, neue Leistungsfähigkeiten gegenüber Tieren mit sich bringt. Im Unterschied zu Säugetieren sticht eine solche Fähigkeit hervor, die uns unbedacht als selbstverständlich erscheint: Menschen haben Sprachen und weitere Systeme – wie beispielsweise Musik – entwickelt. Die Sprache ist ein mächtiges geistiges Mittel, mit Laut- und Schriftsymbolen über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu kommunizieren und zu kooperieren, während Gesang, Tanz und Instrumentalspiel die Gruppenzugehörigkeit stärken. Der Erwerb von Sprache und Musik beginnt im ersten Lebensjahr, ja eigentlich mit dem dramatischen Ereignis des ersten Schreis bei der Geburt, denn hiermit beginnt die Atmung über die Lungen, und zum ersten Mal hören wir uns selbst. Das Schreien des Babys ist zunächst ein Signal von grosser Bedürftigkeit und von Unwohlsein oder gar Alarm. Das Baby lernt bald, dass es mit seiner Stimme und mit Blicken Kontakt zu den Bezugspersonen herstellen und Wirkungen erzielen kann, und es beginnt, seinen vokalen Ausdruck zu variieren. In Zuständen des Wohlbefindens beginnt es zudem, seine Stimme zu erkunden, damit zu spielen und gehörte Laute seiner Umgebung nachzuahmen. Spiel und Nachahmung sind die wichtigsten Lernformen. Der Philosoph Johan Huizinga bezeichnete den Menschen nicht umsonst als Homo ludens, als spielend, denn er war überzeugt, dass alle kulturellen Errungenschaften aus dem Spiel entstanden sind. Der Spielzustand ist heiter und frei von Not, er ermöglicht ein Sichzuwenden zu Personen, einer Sache und Regeln, und er hat einen Anfang und ein Ende, was ihn von anderen Zuständen zu unterscheiden erlaubt. Erstaunlicherweise lernen Kinder weit früher, mit der Stimme zu spielen und Silben zum Singen von Melodien zu verwenden, als aus Silben Wörter zu bilden, um Bedürfnisse mitzuteilen. Noch bevor sich ein Kind sprachlich artikulieren kann, singt es sowohl Melodien mit anderen gemeinsam wie auch alleine in erkennbarer Form.

Das vokale Lernen ist ein in der Natur einmaliges Potenzial, das bisher nur beim Menschen und bei wenigen Tieren wie Walen und Singvögeln bekannt ist. Im vokalen Lernen vollzieht der Mensch eine allmähliche Kontrolle der Affekte und deren Umformung in sozial anerkannte Ausdrucksmittel wie zuerst das Singen und wenig später das Sprechen. Das heisst: im Zustand von Wut oder Schmerz schreien wir bald nicht mehr unkontrolliert drauflos, sondern lernen, kultivierte und sozial annehmbare Ausdrucksformen anzuwenden, um uns mitzuteilen und Probleme zu lösen. Die allmähliche Kontrolle von Affektausdruck und die Umwandlung von Affekten geschieht aber auch durch Singen von Wiegenliedern zur Beruhigung oder von Spielliedern zur Aktivierung.

Andere Rituale sind etwa wiederkehrende Feste, die einer Gemeinschaft kollektive Erinnerungen an bestimmte Geschichten lebendig erhalten und dadurch das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken und daher die gemeinsam gefühlten Zustände in einer allgemeinen Form präsentieren. Weihnachten ist ein solch verallgemeinerter, kollektiv geteilter Zustand, zu welchem ganz bestimmte Eigenschaften und Bedingungen gehören, um ihn in konkrete Erfahrung zu bringen und ihn jedes Jahr neu als Ritual zu erleben. Rituale sind in jeder Kultur wichtige Mittel, um kollektive verallgemeinerte Gefühlszustände gemeinsam zu erleben und auf diese Weise die Zusammengehörigkeit zu zelebrieren und zu verstärken. Die Affekte werden als gemeinsame Erfahrung miteinander geteilt, und durch das Ritual – sei es ein religiöses Fest, eine Trauerfeier, eine Einweihung, ein Jahreszeitenfest – erlebt jede teilnehmende Person, wie ihr Gefühlszustand eine allgemeine Form angenommen hat. Der affektive Zustand wird zwar individuell erlebt, aber ist zugleich sozial geteilt und verallgemeinert, was die kulturelle Identität oder Zugehörigkeit bestätigt.

Gefühle und Identitäten beeinflussen

Eben diese Affektkontrolle ist wichtig, um den Vorgang der Zivilisierung oder Kultivierung von Gesellschaften zu beschreiben und zu erklären, wie dies etwa Norbert Elias prägnant vorschlug. Was ist damit gemeint? Wir verinnerlichen die zwischenmenschlichen, direkten und indirekten Anleitungen, vor allem jene, die wir schon in der Kindheit erfahren haben, beispielsweise Höflichkeitsformen, und machen sie zu unserer persönlichen Gewohnheit. Aber auch erzählte Geschichten, Theaterstücke, Filme und Musik gehören zu den kulturellen Mitteln, mit denen Gefühlszustände erzeugt werden, die zwar als individuell erlebt werden, aber einen

sozialen Charakter haben, weil sie gemeinsam geteilt werden. Aufgrund dieser Überlegungen hat der Psychologe Lev Vygotsky die Künste als «soziale Gefühlstechnik» bezeichnet.[2] Jedes Mal, wenn der Trauermarsch von Chopin gespielt wird, werden einerseits persönliche Erinnerungen wach an Anlässe, wo wir diesen hörten – etwa in einer filmischen Szene –, oder an die Lebensphase, in der wir dieses Stück vielleicht sogar selbst einübten. Andererseits signalisiert dieses Stück auch ein kollektives Symbol, das eingesetzt wird mit der Absicht, einen allgemeinen Zustand trauriger Stimmung zu erzeugen wie beispielsweise in einem Film.

Diese zwei Seiten zu verstehen bedeutet, dass wir uns der Kultur zugehörig fühlen, die dieses und ähnliche Symbole verwendet. Kurzum, es signalisiert kulturelle Identität und – in Worten des Soziologen Pierre Bourdieu – den ästhetischen Geschmack, der das soziale Umfeld verrät, in dem jemand aufgewachsen ist. Feine Unterschiede in der Art und Weise, sich in der Öffentlichkeit zu bewegen, zeigen soziale Herkunft an und zugleich auch ein Streben nach einer gewissen Identität. Wir bringen unweigerlich unsere herkömmliche und angestrebte Zugehörigkeit zum Ausdruck, und wir erkennen identitäre Signale anderer – dies jedoch nur beschränkt. Angesichts der Fülle von wahrnehmbaren und subtilen Eindrücken in unserer selbst gestalteten und in der öffentlichen Umgebung drängt sich die Frage nach Täuschungen auf, denn unser Bewusstsein ist – der Metapher von Sigmund Freud folgend – nur die Spitze eines Eisbergs. Tatsächlich spricht alles dafür einzugestehen, dass wir weit mehr intuitiv handeln als rational, weil letzteres aufwendiger ist, und dass wir anfällig sind für eine lange Liste von Denkfehlern. Sie sind vor allem durch die Forschungsarbeiten von Daniel Kahneman und Amos Tversky bekanntgeworden. Doch schon das Andersen-Märchen von «Des Kaisers neuen Kleidern» führt uns von Kindsbeinen an vor Augen, wie Eitelkeit oder gar Narzissmus – die Neigung, sich vorwiegend durch das Abwerten von anderen selbst positiv zu bewerten – und fehlende Ehrlichkeit im Umgang miteinander dazu führen können, das Gesicht zu verlieren oder die Identität zu gefährden.

Identität und Politik

Angesichts der Formbarkeit von Identitäten fragt es sich, mit welchen Mitteln die Politik uns persönlich und in unseren Zugehörigkeitsgefühlen zu erreichen versucht. In einer demokratischen Gesellschaft wählen wir Personen, die kollektiv verbindliche Entscheide erreichen, das Gemeinwesen regeln und ihre angekündigten Ideen umsetzen wollen. Für diese Aufgaben brauchen sie Überzeugungskraft. Das wohl wirksamste Mittel, Menschen in grösseren Mengen zu überzeugen – die Rhetorik oder die Kunst der Rede –, stand schon in der griechischen Antike im Mittelpunkt von Politik. Bis zu einem gewissen Grad ist Redekunst erlernbar – Kunst stammt von Können ab –, und ebenfalls kann man rhetorische Mittel analysieren und aufdecken. Ist es somit auch möglich, stets einen kühlen Kopf zu bewahren, wenn Politiker uns an- oder uns etwas versprechen? Wer dies bejaht, verkennt zwei Tatsachen: erstens die Macht der rhetorischen Mittel, die sich nicht nur im Reden selbst äussern, sondern sich auch Inszenierungen und Narrationen bedienen. Sie resultieren in Stimmungen in der Öffentlichkeit, beispielsweise wenn der renovierte Marktplatz eingeweiht, der lokale Radiosender geschlossen oder wenn ein Vorfall als Skandal ausgebreitet wird. Jedes Ereignis mit öffentlichem Charakter kann inszeniert und als Vorlage dienen, meinungsbildende Stimmung zu erzeugen. Wir müssen also fragen: Welche Botschaften werden wie verbreitet? Wir tendieren dazu, Deutungsangebote aus unserem sozialen Netzwerk als Orientierung zu nutzen – auch das dürfen wir hinterfragen.

Zweitens: die Vorstellung vom vorwiegend rational und autonom denkenden Menschen ist nicht totzukriegen. Schon im 20. Jahrhundert berichtigte unter anderen der Philosoph Ernst Cassirer dieses Menschenbild: Nicht das rationale Denken kennzeichnet den Menschen, sondern seine Fähigkeit, der sinnlichen Wahrnehmung Bedeutung zu geben oder sie zu symbolisieren. Der Mensch als Animal symbolicum verstanden, nicht als Animal rationale: Erst die Verbindung von sinnlichen Zeichen mit Symbolen ermöglicht es den Menschen, symbolische Wirklichkeiten zu erfinden und Symbolsysteme zu bilden, allen voran die Sprachen, dann Musik, Schrift, Zahlen und viele weitere. Das Verständnis der Symbolfähigkeit hilft uns zu erahnen, wie wir durch sinnliche Zeichen fortwährend angeregt sind, diese geistig mit Bedeutung anzureichern, sie zu interpretieren und zu bewerten. Das bewusste, rationale Analysieren und Denken ist nachgeordnet. Politik als kollektiv ausgerichtete Interessenbündelung muss sich kollektiver Symbole bedienen, um die Menschen zu erreichen. Deshalb haben Diktatoren zu allen Zeiten gewusst, dass sie die Bilder, die Musik oder allgemein die Künste kontrollieren müssen, um an der Macht zu bleiben. Denn sie verwenden auf subtile Weise sinnliche Mittel, die auf verallgemeinerte Gefühle anspielen und zugleich die Symbolfähigkeit ansprechen. ❮

[1] Dabei gilt: An die prägenden Jahre der frühen Kindheit erinnern wir uns nicht oder nur vage und bruchstückhaft. Es gibt also kein explizites Bewusstsein über die wichtigste Zeit der Entstehung unseres Selbst oder unserer Identität. Was bleibt, sind die Geschichten, die über uns aus der Kindheit erzählt werden, und Foto- und Filmaufnahmen, um diese vielleicht einzubetten.

[2] Auch Mode kann als Kunst verstanden werden, durch die Art und Weise, sich zu kleiden und mit Schminke und Accessoires zu schmücken, seine Identität zur Schau zu stellen und mitzuteilen, als was man gerne gesehen werden möchte. Stilbrüche erzielen besondere Aufmerksamkeit und Bewertung, während Traditionelles zwischen Langeweile und Nostalgie schwanken kann.

Stefanie Stadler Elmer

lehrt Entwicklungspsychologie an der Universität Zürich und ist Leiterin der Forschung Fachdidaktik der Künste an der Pädagogischen Hochschule Schwyz. Sie ist international bekannt für ihre Forschungen zur sprach-musikalischen Entwicklung.

Stammestriebe

Politiker appellieren gerne an Gruppeninstinkte, um Stimmen zu fangen. Dieser Tribalismus erschwert den Diskurs zwischen unterschiedlichen Interessen. Wie könnte eine humane Identitätspolitik aussehen?

von Ivo Scherrer

Stammesdenken ist allgegenwärtig. Theoretische Physiker blicken auf experimentelle Physiker herab, klassische Ökonomen beäugen Verhaltensökonomen kritisch und für viele Naturwissenschafter sind die meisten Sozialwissenschafter pseudowissenschaftliche Quacksalber. Akademiker unterschiedlicher Disziplinen stehen sich in leidenschaftlicher Feindseligkeit gegenüber, sprechen sich gegenseitig die wissenschaftliche Legitimität ab und stehen dabei Fussballfans verschiedener Clubs nur in wenig nach – so beobachtet während meiner Arbeit an einer Schweizer Universität. Wenn sogar eine akademische Institution, in der Wissen und Fortschritt das Mass aller Dinge sein sollten, nicht vor Stammesdünkel gefeit ist, wie steht es dann um unsere politischen Institutionen?

Über Stämme und Identität

In Anlehnung an die *Social Identity Theory,* von der später noch die Rede sein wird, liegt diesem Text eine weitläufige Definition von Stämmen zugrunde. Zentraler Eckpfeiler der Theorie ist die Einsicht, dass Gruppen identitätsstiftend sind und dass sich Mitglieder einer Gruppe davon zu überzeugen versuchen, anderen Gruppen überlegen zu sein. Als Stamm gilt demnach jede Gruppe, welche die Weltsicht, die Werte und den Selbstwert der Individuen, die sich dem Stamme zugehörig fühlen, beeinflusst. Die Social Identity Theory anerkennt auch, dass wir alle über zahlreiche, teils widersprüchliche Gruppenidentitäten verfügen, welche die zahlreichen Eigenschaften unserer Persönlichkeiten spiegeln. Nehmen wir mein Beispiel: Ich bin Schweizer und Europäer. Ökonom und Menschenrechtler. Umweltaktivist und Hedonist. Nachfahre von Arbeitern und von Fabrikanten. Atheist und Sprössling einer multikonfessionellen Familie. Diese Fragmente meiner Persönlichkeit bilden die Grundlage verschiedener Gruppenzugehörigkeiten, die für mich identitätsstiftend sind.

Unabhängig davon, welchen Gruppen wir uns zugehörig fühlen: Wir alle brauchen unsere eigenen kleinen Stämme. Wir brauchen wenigstens eine Handvoll von Menschen, denen wir blind vertrauen können, deren Werte für uns sinnstiftend und richtungsweisend sind und die uns Schutz bieten vor den anonymen Kräften, die unsere Leben bestimmen. Neben Identität stattet uns gruppenbezogenes («tribales») Denken auch mit den kognitiven Werkzeugen aus, um uns in einer komplexen Welt zurechtzufinden. Im Wissen darum, dass wir unmöglich alle Menschen persönlich kennenlernen können, neigen wir dazu, andere auf Basis angeblicher Gruppenmerkmale zu beurteilen. Das ist bequem, aber nur dann erkenntnisbringend, wenn wir vor einer Fragestellung stehen, die sich direkt auf solche Gruppenzugehörigkeiten bezieht. Wird über Abtreibung diskutiert, ist es zum Beispiel relevant, ob Entscheidungsträger männlich oder weiblich sind.

In den meisten Fällen führt tribales Denken jedoch zu fundamentalen Denkfehlern und verstärkt kognitive Verzerrungen («Cognitive Biases»), wie zum Beispiel unsere Neigung, die Welt so zu interpretieren, dass sich unsere eigenen Erwartungen und Werte bestätigt sehen (sog. Confirmation Bias). Denkmuster, die sich auf angebliche Gruppenzugehörigkeiten beziehen, führen fast immer zu deduktiven Fehlschlüssen in Form der Unart, eine Person aufgrund ihrer angeblichen Gruppenzugehörigkeit zu beurteilen und dabei alle anderen entscheidenden Faktoren ausser Acht zu lassen. Gleichzeitig verleitet tribales Denken auch zu induktiven Fehlschlüssen in Form der Beurteilung ganzer Gruppen auf Basis der Beobachtung eines einzelnen Gruppenmitglieds. Besonders problematisch wird es, wenn Gruppen totalitäre Züge annehmen, keine innere Heterogenität zulassen, volle Loyalität verlangen und Nichtmitglieder dehumanisieren. Der Weg dazu ist nicht weit, wie die Begründer der erwähnten *Social Identity Theory,* die Psychologen Henri Tajfel und John Turner, und viele Kolleginnen und Kollegen nach ihnen seit Ende der 1970er mit Feldexperimenten gezeigt haben: in einem Experiment genügte z.B. die blosse Zugehörigkeit zu einer künstlichen und völlig belanglosen Gruppe A, um den Mitgliedern einer anderen Gruppe B, die nicht mit Gruppe A in Konflikt stand, Schaden zufügen zu wollen – und dies sogar dann, wenn dies auch negative Auswirkungen auf Gruppe A hatte.[1]

Identitätspolitik im Aufwind?

In den Vereinigten Staaten wird eine heisse Debatte darüber geführt, wie stark die Tribalisierung der Öffentlichkeit fortgeschritten ist.[2] Neue empirische Erkenntnisse der Politologinnen

Liliane Mason und Julie Wronski zeigen, dass in den letzten zwei Jahrzehnten besonders auf der rechten Seite des politischen Spektrums eine massive Selbstselektion der Amerikaner in einen sogenannten «Super-Tribe» stattgefunden hat. Dessen Mitglieder kennzeichnen sich durch homogene politische, demographische und religiöse Vorstellungen – sie sind christlich, weiss, konservativ, republikanisch und haben nur geringen Kontakt mit Mitgliedern anderer Tribes. Dieser homogene Super-Tribe unterscheidet sich stark gegenüber früheren Jahrzehnten, wo Überlappungen zwischen den Gruppen grösser waren und etwa konservative Demokraten in den Südstaaten noch politisch bedeutend waren.[3] Der Umweltwissenschafter Brian Helmuth und seine Kollegen haben zudem Evidenz dafür gefunden, dass in den USA auch die Wissenschaften zunehmend politisiert werden und dass das Interesse an wissenschaftlichen Methoden und Fakten mittlerweile nicht mehr als neutral, sondern als eine Tugend von Demokraten betrachtet wird.[4] Damit nicht genug. Die Politologin Liliana Mason hat gemessen, dass Personen, die homogenen Superstämmen angehören, deutlich emotionaler auf identitätsbezogene Kommunikation[5] ansprechen als andere. Dies haben sich offenbar politische Trolle aus Russland zunutze gemacht, die in sozialen Medien gezielt Werbungen zu besonders polarisierenden Themen wie Rassenbeziehungen und Abtreibung schalteten und damit versuchten, die amerikanische Zivilbevölkerung zu spalten.[6] Schliesslich scheint sich die zunehmende Tribalisierung der US-Politik auch auf einzelne Politikbereiche auszuwirken. So haben die Soziologen Rachel Wetts und Rob Willer nachgewiesen, dass weisse Amerikaner Sozialprogramme dann ablehnen, wenn sie entweder die Information erhalten, dass mehrheitlich Nichtweisse davon profitierten, oder wenn suggeriert wird, dass die ökonomische Vormachtstellung der Weissen abnehme.[7]

Ob eine ähnliche Tribalisierung der Politik in Europa ebenfalls im Gange ist, scheint auf den ersten Blick nicht klar. Gleich umfassende empirische Befunde wie aus den USA fehlen. In Anbetracht der Szenen, die sich jüngst in Berlin abgespielt haben, wo sich AfD-Gegner und AfD-Anhänger gegenseitig als «Nazis» beschimpften und sich gegenseitig jegliche Legitimität absprachen, scheint die These jedoch nicht abwegig. Dies auch vor dem Hintergrund des politischen Diskurses vieler rechtspopulistischer Parteien, die offenbar der erodierenden Vorherrschaft des weissen, christlichen Mannes nachtrauern und nativistische und sexistische Ideale predigen. Noch vor wenigen Jahrzehnten war einem weissen, christlichen Mann, egal aus welcher Schicht, ein fester Platz am oberen Ende der gesellschaftlichen Hierarchie sicher, heute muss sich auch ein solcher seinen gesellschaftlichen Status aktiv erarbeiten. Für einige der Betroffenen scheint diese Bedrohung politikwirksam identitätsstiftend zu sein. So haben die Soziologen Noam Gidron und Peter Hall gemessen, dass der gesellschaftliche Status von weissen Männern ohne Tertiärbildung in westlichen Demokratien in den letzten 30 Jahren abgenommen hat und dass unter diesen Männern der selbst als tiefer wahrgenommene Status mit hoher Unterstützung von rechtspopulistischen Parteien einhergeht.[8]

Ein systemisches Problem

Gerne wird einzelnen Politikern oder Medien die Schuld für tribalistische politische Diskurse in die Schuhe geschoben. In den USA bezichtigen Republikaner die Demokraten, mit ihrem Einsatz für die Rechte von Minderheiten für den Aufstieg von Identitätspolitik verantwortlich zu sein. Umgekehrt werfen Demokraten den Republikanern vor, mit ihrer Blut-und-Boden-Politik ethischen Tribalismus zu betreiben. Beide Sichtweisen scheinen für sich genommen nicht verkehrt, verkennen aber die systemische Tiefe des Problems.

Aus polit- und medienökonomischer Sicht lässt sich die Dynamik wie folgt erklären: Politiker haben ein Interesse daran, Wahlstimmen zu maximieren, und tun dies unter anderem, indem sie nur ein bestimmtes ideologisches Spektrum von potenziellen Wählern ansprechen. Diesen Wählern versuchen sie eine kohärente und für sie vorteilhafte Politik anzubieten und bewirtschaften dabei gerne die eingangs erwähnten Confirmation Biases. Dabei ist festzuhalten, dass es nicht möglich ist, keine Identitätspolitik zu betreiben. Politik kann nicht unabhängig von Gruppenidentitäten betrieben werden, da diese zumindest einen Teil unserer politischen Präferenzen erklären. Ob implizit oder explizit – Politiker sprechen immer Gruppenidentitäten an. Höchstens eine dem Status quo oder einer dominanten Gruppe zugerechnete Politik wird fälschlicherweise als identitätspolitisch neutral wahrgenommen.

Medienanbieter fahren eine ähnliche Strategie. Sie bereiten nicht nur Neuigkeiten auf, sondern deuten die Welt und sprechen dabei ein gewisses ideologisches Spektrum der Öffentlichkeit an. Die ideologischen Angebote von Medien und Politiker treffen auf eine entsprechende Nachfrage. Besonders in turbulenten Zeiten, wo sich geopolitischer Wandel, kulturelle Liberalisierungen, Immigration und rasche Digitalisierung die Hand geben, scheint die Bereitschaft, sich der Komplexität der Dinge zu stellen, tief und der Wunsch nach politischen und medialen Erklärbären, die eine kohärente, einfache Sicht der Dinge darlegen, besonders hoch. Anders lässt sich die besonders in den USA zu beobachtende Selbstselektion in ideologische, demographische und religiöse Superstämme kaum erklären. Tribale Dynamiken werden von Bürgerinnen und Bürgern zusätzlich durch deren Heirats- und Fortpflanzungsstrategien zementiert: zumindest in den USA ist der Trend zu beobachten, dass in abnehmendem Masse über soziale Klassen hinweg geheiratet wird und sich entsprechend die sozioökonomische Stratifikation der Gesellschaft verfestigt.[9]

Demokratie und Wohlstand in Gefahr

Dass tribale Geister in der Politik ihr Unwesen treiben, ist nichts Neues. Doch wenn Stammesdenken verhindert, dass verschiedene gesellschaftliche Gruppen miteinander in Dialog treten, ist

«Wir alle brauchen unsere eigenen kleinen Stämme.»

Ivo Scherrer

Ivo Scherrer, photographiert von Lukas Rühli.

«Die Demokratie steht nicht nur vor dem Problem, dass hart um politische Lösungen gerungen wird, sondern dass schon nur die grundlegende Sachlage komplett unterschiedlich bewertet wird.»

Ivo Scherrer

die Demokratie im Kern bedroht. Genau das ist im Moment in den Vereinigten Staaten zu beobachten, wo unterschiedliche Gruppen Sachverhalte teilweise so unterschiedlich wahrnehmen, dass man meinen könnte, sie lebten nicht auf demselben Planeten. Wenn das Vertrauen in die Medien und gar in die Autorität der Wissenschaften als neutrale Informationsvermittler verloren geht und stark polarisierte Medien wie Breitbart den Ton angeben, wird eine gemeinsame Entschlüsselung der Welt schwierig. Dann steht die Demokratie nicht nur vor dem Problem, dass hart um politische Lösungen gerungen wird, sondern dass schon nur die grundlegende Sachlage komplett unterschiedlich bewertet wird und jeder Stamm seinen eigenen epistemologischen Prozess unterhält.[10] Ausser bei den Wahlen, wo sich die beiden Mannschaften sozusagen auf demselben Rasen gegenüberstehen, spielen sie den Rest der Saison in zwei unterschiedlichen Stadien vor komplett unterschiedlichen Publika.

Gemeinsame Identitäten lösen sich so auf und ein konstruktiver öffentlicher Diskurs kann kaum noch geführt werden. Je weiter die Interpretationen der Wirklichkeit von politischen und gesellschaftlichen Gruppen auseinanderliegen, umso härter tobt der Kampf um Status und Macht und umso wahrscheinlicher wird es, dass politische Konflikte als Nullsummenspiele wahrgenommen werden, in denen die Gewinner alles kriegen und die Verlierer nichts. Damit steht für alle beteiligten Gruppen wiederum mehr auf dem Spiel. Ein Teufelskreis droht, in dem gegenseitiges Vertrauen erodiert, politische Polarisierung weiter voranschreitet und Vertrauen in die Institutionen evaporiert. Empirische Evidenz, dass sich politische Polarisierung negativ auf zwischenmenschliches Vertrauen und Vertrauen in politische Institutionen auswirkt, gibt es aus den USA, Spanien und Portugal.[11]

Ökonomen konzeptualisieren gesellschaftliches Vertrauen als soziales Kapital.[12] Soziales Kapital ist zwar nicht tangibel, aber sehr wertvoll. Je höher das gegenseitige Vertrauen in einer Gesellschaft oder je höher das Vertrauen in politische Prozesse und Institutionen ist, umso einfacher lässt es sich bilateral und kollektiv zusammenarbeiten. Je weniger Angst ich haben muss, vom Nächstbesten übers Ohr gehauen zu werden, umso weniger werde ich das Bedürfnis verspüren, mich gegen jegliche Eventualitäten rechtlich absichern zu müssen. Eine Abnahme an sozialem Vertrauen kommt also einer Zunahme von Transaktionskosten gleich. Zudem wiegen klassische Koordinationsprobleme umso weniger, je höher das gegenseitige Vertrauen ist: wenn ich darauf vertrauen kann, dass meine Mitbürger ihre Steuern bezahlen und ihre Umwelt sauber halten, habe ich einen grösseren Anreiz, das selbst auch zu tun. Damit nicht genug: soziales Vertrauen korreliert auch positiv mit Wirtschaftswachstum und Lebenszufriedenheit.[13]

Drei Ansätze für eine humane Identitätspolitik

Die Tribalisierung und die Polarisierung der Politik gefährden also die Demokratie, das Sozialkapital und das Wohlergehen einer Gesellschaft. Dies stellt uns vor eine zentrale Frage: Wie können wir soziales Kapital schaffen, gemeinsame Identität fördern und dem Tribalismus in der Politik Einhalt gebieten, ohne in die paternalistische Trickkiste von Nativisten und Kollektivisten zu greifen und auf gemeinsame Herkunft und Glauben zu pochen? Nachfolgend werden drei Vorschläge gemacht.

1. Bildet emotional-intelligente Bürger aus und nicht nur produktive Arbeitsmaschinen! Wenn wir in unseren Schulen nicht rigoros in Epistemologie, Logik, Empirie und Ethik geschult werden, laufen wir Gefahr, früher oder später Scharlatanen jeglicher

Couleur zum Opfer zu fallen und in tribalistische Denkfallen zu tappen. Wir müssen in den Grundlagen des guten Denkens besser geschult werden, um als mündige Bürger konstruktive Lösungen für gemeinsame Probleme finden zu können. Ökonomisch gesprochen: klassische Humanbildung produziert positive Externalitäten. Es scheint ein bildungspolitischer Fehlgriff zu sein, immer stärker auf eine Ausbildung zu setzen, die rein auf die Arbeitsmarktfähigkeit der Schülerinnen und Schüler ausgerichtet ist. Zudem sollten wir endlich damit beginnen, unsere Kinder (und uns selbst) emotional zu schulen und ihnen die Werkzeuge zu geben, um mit der wunderbaren Bedeutungslosigkeit des Lebens umgehen zu können. Heute rennen wir erst im Notfall zum Psychologen. Institutionen, die uns dabei helfen, emotionale Intelligenz zu bilden, sind, abgesehen von esoterischen und klerikalen Wünschelrutengängern, rar – eine gute Ausnahme ist zum Beispiel Alain de Bottons «School of Life». Wenn es uns gelingt, emotionale Intelligenz und Resilienz aufzubauen, laufen wir weniger Gefahr, andere für unsere Misere und Hilflosigkeit verantwortlich zu machen. Emotionale Intelligenz sollte es uns erlauben, die Komplexität von Menschen mit anderer Gruppenzugehörigkeit besser zu verstehen und zu realisieren, dass wir andere weder mögen noch mit ihnen einverstanden sein müssen, um sie respektieren zu können.

2. Schafft (euch) Raum für Austausch! Der Herausbildung von «Super-Tribes» à l'américaine kann Einhalt geboten werden, wenn öffentliche Räume bestehen oder geschaffen werden, in denen wir mit den Lebensrealitäten anderer Menschen konfrontiert werden. Wir sollten sicherstellen, dass wir uns nicht reibungslos in unsere eigenen Parallelwelten zurückziehen können. Politisch kann daraus der Schluss gezogen werden, dass es sich lohnt, sozial und ethnisch durchmischte Schulen und Wohnviertel zu fördern. Für uns Bürger gilt zudem: lasst uns unsere Filterblasen platzen! Es ist klar, dass die Nutzung sozialer Medien den Rückzug in eine Parallelwelt Gleichgesinnter einfach macht. Doch das Gegenteil ist genauso möglich! Folge aktiv Mitbürgerinnen, Politikerinnen, Denkern, mit denen du explizit nicht einverstanden bist. Versuche zu verstehen, weshalb sie denken, wie sie denken (mit Ausnahme natürlich der wirklich totalitären Ideologen, denen nicht mehr zu helfen ist)!

3. Fördert institutionellen Patriotismus! Wenn wir unsere gemeinsame Identifikation nicht auf einen engmaschigen moralischen Wertekodex abstellen wollen, bietet sich die Möglichkeit, das Gemeinsame in den Institutionen zu suchen, die wir uns freiwillig geben, um unsere Probleme gemeinsam zu lösen.

In einer halbdirekten Demokratie wie der Schweiz fällt es vergleichsweise einfach, Verfassungspatriot zu sein. Die zahlreichen Möglichkeiten, sich in die Politik einbringen zu können, wirken identitätsstiftend. Schwieriger gestaltet es sich bei repräsentativen Demokratien, die ihre Bürger nur alle drei bis fünf Jahre an die Wahlurnen rufen. Für repräsentative Demokratien böte es sich an, sich aus dem Köcher der Instrumente der deliberativen Demokratie[14] oder der Vielzahl moderner Formate direkter und indirekter Bürgerbeteiligung[15] zu bedienen. Zudem sollten öffentliche Verwaltungen die Effektivität ihrer Politik rigoros messen, die Resultate transparent kommunizieren und ineffektive Politiken sistieren. Eine solche auf Wirksamkeit ausgerichtete Politik birgt Potential, das Vertrauen der Bürger in die Politik und ihre Institutionen zu stärken. Um institutionellen Patriotismus zu fördern und somit soziales Kapital zu bilden, ist es zudem unerlässlich, dass staatliche Institutionen den Wertepluralismus ihrer Gesellschaften auf Basis humanistischer Grundprinzipien so neutral wie möglich widerspiegeln und sich nicht zu Symbolpolitik verleiten lassen. Wenn zum Beispiel wie dieser Tage in Bayern wieder Kreuze an die Schulhauswände genagelt werden, verliert der Staat für alle Nichtchristen massiv an Legitimität. ❮

---

[1] Z.B. Henri Tajfel und John C. Turner: The Social Identity Theory of Intergroup Behavior (1979); Henri Tajfel: Social Psychology of Intergroup Relations. In: Annual Revue of Psychology 33 (1982).
Die Ökonomie befasst sich erst seit letztem Jahrzehnt mit Fragen der Identität. Vgl. z.B. George A. Akerlof und Rachel E. Kranton: Identity Economics – How Our Identities Shape Our Work, Wages, and Well-Being. Princeton University Press, 2011.
[2] Vgl. z.B. neue Buchpublikationen von Mark Lila (The Once and Future Liberal, 2017), Amy Chua (Political Tribes, 2018), Jonah Goldberg (Suicide of the West, 2018), Steven Pinker (Enlightenment Now, 2018).
[3] Liliana Mason und Julie Wronski: One Tribe to Bind Them All: How Our Social Group Attachments Strengthen Partisanship. In: Advances in Political Psychology 39/51 (2018), S. 257–277.
[4] Brian Helmuth, Tarik C. Gouhier, Steven Scyphers und Jennifer Mocarski: Trust, Tribalism, and Tweets: Has Political Polarization Made Science a «Wedge Issue»? In: Climate Change Responses 3:3 (2016).
[5] Liliana Mason: A Cross-Cutting Calm: How Social Sorting Drives Affective Polarization. In: Public Opinion Quarterly 80/1 (2016), S. 351–377.
[6] USA Today, 13. Mai 2018: We read every one of the 3,517 Facebook ads bought by Russians. Here's what we found.
[7] Rachel Wett und Rob Willer: Privilege on the Precipice: Perceived Racial Status Threats Lead White Americans to Oppose Welfare Programs. In: Social Forces 46 (2018).
[8] Noam Gidron und Peter A. Hall: The Politics of Social Status: Economic and Cultural Roots of the Populist Right. In: The British Journal of Sociology 68/51 (2017), S. 57–84.
[9] Matthew Stewart: The 9.9 Percent Is the New American Aristocracy. In: The Atlantic, Juni 2016.
[10] David Roberts: Donald Trump and the Rise of Tribal Epistemology. In: Vox, 19. Mai 2017.
[11] Vgl. Eric M. Uslaner: Congressional Polarization and Political Trust. In: The Forum 13/3 (2015), S. 361–373; Marc J. Hetherington und Thomas J. Rudolph: The Oxford Handbook of Social and Political Trust. Oxford University Press, 2018; Sergio Martini und Mariano Torcal: Trust across Political Conflicts: Evidence from a Survey Experiment in Divided Societies. In: Party Politics (2016), S. 1–14.
[12] Soziales Kapital ist im engeren Sinne ein öffentliches Gut, d.h. ein Gut, von dem alle Bürger gleichzeitig profitieren und von dessen Genuss sie nicht ausgeschlossen werden können.
[13] David Halpern: Social trust is one of the most important measures that most people have never heard of – and it's moving. In: The Behavioural Insights Team (2015); Esteban Ortiz-Ospina und Max Roser: Trust. In: Our World in Data (2017).
[14] Vgl. z.B. deliberative-democracy.net oder Center for Deliberative Democracy der Stanford University: cdd.stanford.edu
[15] Vgl. z.B. die von den Grassroots-Think-Tanks foraus (CH), Polis180 (DE), Argo (FR) oder Agora (UK) verwendeten Methoden zur Einbindung von Bürgern in politische Prozesse.

Ivo Scherrer
ist Autor und arbeitet als selbständiger Ökonom zu Klima- und Energiefragen. Er ist Mitgründer der Grassroots-Think-Tanks foraus (CH) und Argo (FR) sowie der politischen Bewegung Operation Libero (CH).

Aufklärung jetzt!

In Zeiten identitätspolitischer Verirrungen braucht es eine radikale Rückbesinnung auf die vier grossen Motive der Aufklärung: Vernunft, Wissenschaft, Humanismus und Fortschritt.

von Steven Pinker

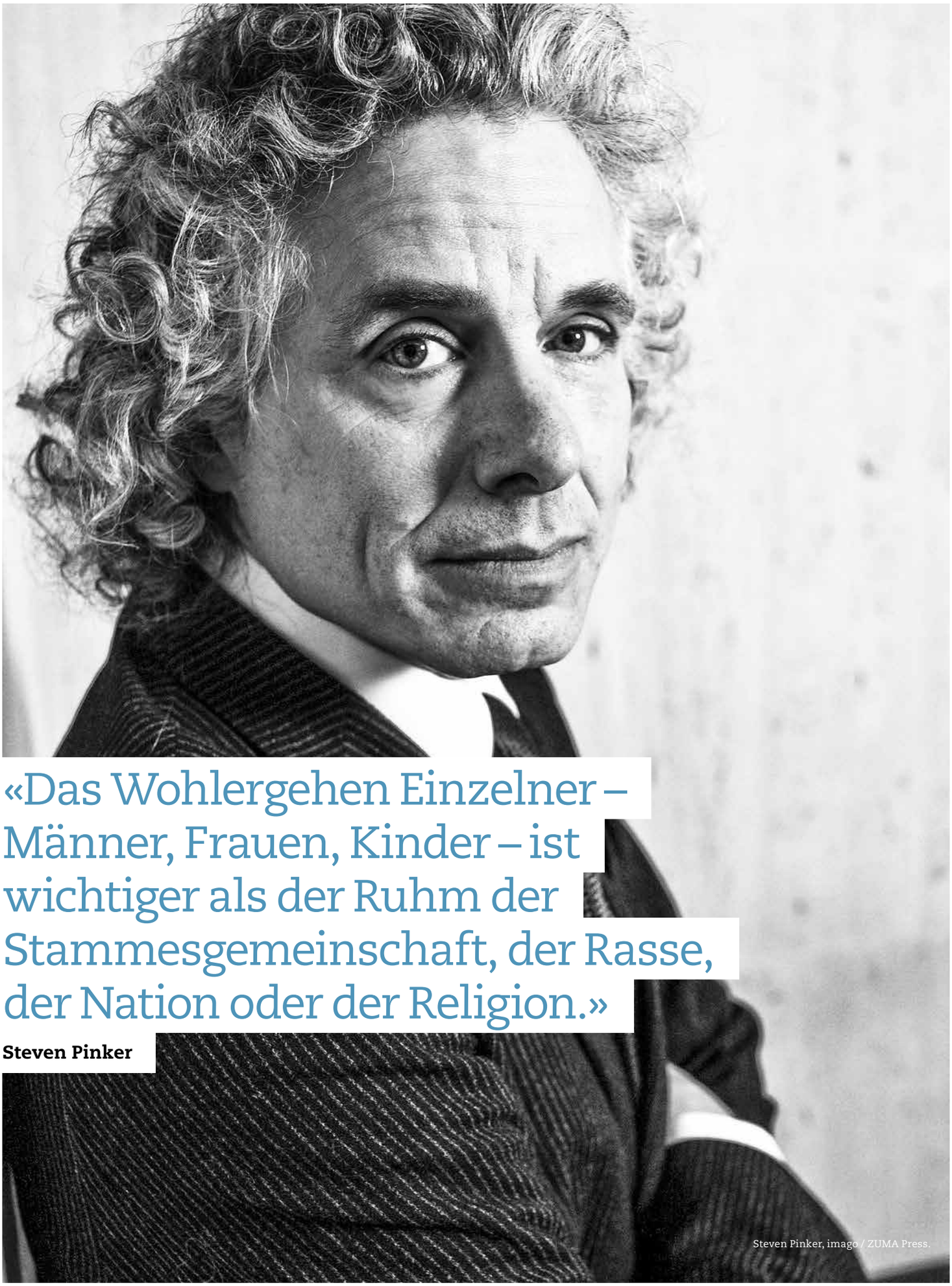
Was ist Aufklärung? In einem mit dieser Frage betitelten Aufsatz gab Immanuel Kant 1784 zur Antwort, Aufklärung bestehe im «Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit». Aus «Faulheit und Feigheit» unterwerfe sich der Mensch den «Satzungen und Formeln» religiöser oder politischer Autoritäten. Der Wahlspruch der Aufklärung, so Kant, sei: «Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!», ihre Urforderung jene nach Gedanken- und Redefreiheit.

Was ist *die* Aufklärung? Eine offizielle Antwort darauf gibt es nicht. Jene Ära, die nach Kants Aufsatz heisst, hatte keine Eröffnungs- und Abschlusszeremonie wie die Olympischen Spiele. Auch sind ihre Grundsätze in keinem Eid oder Glaubensbekenntnis festgeschrieben. Die Aufklärung wird gewöhnlich in den letzten zwei Dritteln des 18. Jahrhunderts verortet. Sie speiste sich aus der wissenschaftlichen Revolution und dem Zeitalter der Vernunft im 17. Jahrhundert und mündete in die Blüte des klassischen Liberalismus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Denker der Aufklärung, angeregt von Wissenschaft und Forschung und deren Kritik am herkömmlichen Erkenntnismodell, zudem eingedenk der blutigen Religionskriege der jüngeren Vergangenheit und begünstigt durch Freizügigkeit der Menschen und Ideen, strebten nach einem neuen Verständnis der Conditio humana. Ihre Zeit war ein Füllhorn der Ideen, einige davon widersprüchlich, doch durch vier Motive verbunden: Vernunft, Wissenschaft, Humanismus und Fortschritt.

Vernunft

Zuoberst steht die Vernunft. Vernunft ist nicht verhandelbar. Wer immer die Frage diskutiert, was wir glauben sollen (oder jede andere Frage), wer darauf besteht, dass die Antworten (welche auch immer) vernünftig, berechtigt oder wahr zu sein haben und dass andere sie mithin ebenfalls glauben sollen, hat sich auf die Vernunft eingelassen und darauf, dass seine Überzeugungen an objektiven Standards gemessen werden. Wenn es etwas gibt, das die Denker der Aufklärung gemeinsam haben, ist es das Beharren auf dieser Prüfung unseres Weltbildes mit dem Massstab der Vernunft, die Ablehnung jener Quellen der Täuschung: Glaube, Dogma, Offenbarung, Autorität, Charisma, Mystizismus, Weissagungen, Visionen, Bauchgefühl oder das hermeneutische Auslegen heiliger Schriften.

Viele moderne Autoren verwechseln das aufklärerische Bestehen auf Vernunft mit der unhaltbaren Behauptung, wir handelten stets vernünftig. Nichts widerspräche derart aller historischen Wirklichkeit. Denker wie Kant, Baruch Spinoza, Thomas



«Das Wohlergehen Einzelner – Männer, Frauen, Kinder – ist wichtiger als der Ruhm der Stammesgemeinschaft, der Rasse, der Nation oder der Religion.»

Steven Pinker

Steven Pinker, imago / ZUMA Press.

Hobbes, David Hume und Adam Smith waren scharfsinnige Psychologen. Allzu bewusst waren ihnen unsere irrationalen Leidenschaften und Schwächen. Sie wussten: nur indem wir die Ursachen der Narrheit beim Namen nennen, können wir ihrer Herr werden. Der wohlüberlegte Gebrauch der Vernunft war eben deshalb vonnöten, weil unsere Denkgewohnheiten im allgemeinen nicht sonderlich vernünftig sind.

EXKURS:
IDENTITÄTSPOLITIK, EIN FEIND DER VERNUNFT
Als Identitätspolitik bezeichnet man die Annahme, unsere Überzeugungen und Interessen seien durch unsere Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen bestimmt, insbesondere zu solchen, die durch Geschlecht, Rasse, sexuelle Orientierung oder Behinderungen definiert sind. Typisch ist etwa die Marotte, Aussagen mit einem «Ich als XYZ…» einzuleiten – als mehre das die Überzeugungskraft des darauf Folgenden. Identitätspolitik wurzelt in der historischen Tatsache, dass Angehörige bestimmter Gruppen wirklich benachteiligt waren, weshalb sie Bündnisse mit ähnlich Diskriminierten schlossen: Juden hatten tatsächlich gute Gründe, die Anti-Defamation-League zu gründen.
Wo aber Identitätspolitik über ihr eigentliches Ziel, den Kampf gegen Diskriminierung und Unterdrückung, hinausschiesst, steht sie der Vernunft und den Werten der Aufklärung – unter anderem, ironischerweise, dem Streben nach Gerechtigkeit für unterdrückte Minderheiten – entgegen. Vernunft baut auf der Existenz einer objektiven Wirklichkeit und allgemein gültiger Regeln der Logik auf. Wie einst der russische Schriftsteller Anton Tschechow sagte: Es gibt kein nationales Einmaleins. Ebenso wenig gibt es ein schwarzes oder ein LGTB-Einmaleins.
Hier geht es nicht bloss darum, die Begründung von Wissenschaft und Politik in der Wirklichkeit aufrechtzuerhalten; das Bestehen auf Vernunft ist ebenso der Motor unseres Strebens nach moralischer Verbesserung, wie es die Identitätspolitik inspirierte. Sklavenhandel und den Holocaust hat es tatsächlich gegeben, sie sind keine identitätsstiftenden Mythen bestimmter Gruppen. Alle Menschen, unabhängig von Rasse, Geschlecht oder sexueller Orientierung, erkennen sie als Tatsache an und sind in der Pflicht, ihre Wiederholung zu verhindern.
Sogar jener Aspekt der Identitätspolitik, in dem wenigstens ein Körnchen Wahrheit steckt – dass niemand wirklich erleben kann, was es heisst, eine Frau zu sein, ein Weisser oder ein Afroamerikaner –, kann, wo er zu weit getrieben wird, das Ideal der Gleichheit und Harmonie unterlaufen. Dann gerät er in Konflikt mit der grossen aufklärerischen Entdeckung, dass nämlich wir Menschen mit der Fähigkeit zur Einfühlung ausgestattet sind, was uns erlaubt, die Erfahrungen und Leiden anderer nachzuvollziehen. Es ist also nichts alberner als die Empörung über «kulturelle Aneignung» – als sei es etwas Schlechtes und nicht vielmehr etwas Gutes, wenn ein weisser Autor versucht, die Welterfahrung eines Schwarzen zu beschreiben, oder andersherum. Gewiss, Empathie allein reicht nicht. Doch ein weiterer Grundsatz der Aufklärung lautet, dass der Mensch imstande sei, universale Rechtsprinzipien zu würdigen, die eben dort wirksam sind, wo Empathie versagt.
Allen Hoffnungen auf moralischen Fortschritt ist besser damit gedient, dass universale menschliche Interessen anerkannt werden, statt dass verschiedene Gruppen einander in einem Nullsummenspiel gegenübergestellt werden.

Wissenschaft

Hier schliesst das zweite Ideal an: das der Wissenschaft, der Verfeinerung der Vernunft zum Zweck des Welt- und Selbstverständnisses. Die wissenschaftliche Revolution war auf eine Weise revolutionär, die wir uns heute kaum noch vorstellen können, in einer Zeit, da uns ihre Entdeckungen so selbstverständlich geworden sind.

Der Bedarf nach einer «Wissenschaft vom Menschen» war ein Motiv, das aufklärerische Denker verband, die sonst über so ziemlich alles unterschiedlicher Meinung waren: Montesquieu, Hume, Smith, Kant, Nicolas de Condorcet, Denis Diderot, Jean-Baptiste d'Alembert, Jean-Jacques Rousseau und Giambattista Vico, um

In Kürze

Wo Identitätspolitik über ihr Ziel, den Kampf gegen Diskriminierung und Unterdrückung, hinausschiesst, steht sie der Vernunft und den Werten der Aufklärung entgegen.

Zusammenarbeit ist besser als Isolation: In einem funktionierenden Markt ist es billiger, Dinge zu kaufen, als sie zu stehlen, und die Menschen sind einander lebendig mehr wert als tot.

Wer die Vernunft preist, für den zählt nur die Integrität des Gedankens, nicht die Persönlichkeit dessen, der ihn denkt. (mw)

nur einige zu nennen. Ihr Glaube an die Existenz einer universalen menschlichen Natur, die zudem wissenschaftlich erforscht werden konnte, machte sie zu frühen Anwendern von Wissenschaften, die erst Jahrhunderte später eigene Namen erhalten sollten: Sie waren kognitive Neurowissenschafter, die Denken, Fühlen und psychische Störungen in Begriffen einer mechanistischen Auffassung des Gehirns zu erklären versuchten. Sie waren Evolutionspsychologen, die das Leben im Naturzustand zu rekonstruieren versuchten und nach tierischen Instinkten forschten, die «unserem Busen eingepflanzt» seien. Sie waren Sozialpsychologen, die von moralischen Empfindungen schrieben, die uns verbänden, von egoistischen Leidenschaften, die uns trennten, und von unserer Kurzsichtigkeit, die unsere besten Pläne zunichtemache. Und sie waren Kulturanthropologen, die die Berichte von Reisenden und Entdeckern auswerteten und Erkenntnisse sowohl zu menschlichen Universalien als auch zur Vielfalt menschlicher Sitten und Gebräuche rund um die Welt zutage förderten.

EXKURS:
LINKE SCHLAGSEITE IM AKADEMISCHEN BEREICH
An den Universitäten steht dieser Tage viel auf dem Spiel, insofern bestimmte Hypothesen von aller Kritik ausgenommen sind, während andere nicht einmal erwähnt werden dürfen. Wie John Stuart Mill bemerkte; «Der, der nur seine eigene Seite des Falles kennt, kennt wenig von ihm.» Dies ist das erste Problem: Zum Teil hat linke Politik das Studium der menschlichen Natur verzerrt, unter anderem die Themen Sex, Gewalt, Gender, Kindererziehung, Persönlichkeit und Intelligenz. Das zweite Problem ist, dass mancher, der plötzlich bestimmte verbotene Fakten ausserhalb des Forums ernsthafter Diskussion entdeckt (ein solches sollten Universitäten eigentlich sein), aus diesen Fakten gefährliche Schlüsse zieht, etwa dass die Unterschiede zwischen den Geschlechtern die Diskriminierung von Frauen rechtfertigten. Derlei Fehlschlüsse sind Wasser auf die Mühlen der Neuen Rechten. Das dritte Problem ist, dass gewisse illiberale Possen der radikalen Linken die universitäre Welt im Ganzen diskreditieren. Davon ist die riesige Gruppe gemässigter und aufgeschlossener Akademiker betroffen, die ihre Forschungsarbeit von Politik freihalten. All jenen öffentlichkeitswirksamen Possen zum Trotz sind die Universitäten ein weit unparteiischerer Raum als etwa die Twittersphäre, der US-Kongress oder ideologisch gefärbte Think Tanks. So pflegen etwa weite Teile der Rechten den Mythos, dass die weitgehende Einmütigkeit der Wissenschaft hinsichtlich einer vom Menschen verursachten Erderwärmung auf einer Verschwörung politisch korrekter Akademiker beruhe, mit dem Ziel, die Wirtschaft dem Staat zu unterwerfen. Das ist natürlich dummes Zeug, kann aber Schwung aufnehmen, wenn die repressiven Fanatiker mit ihrer lauten Stimme die meiste Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

Humanismus

Der Gedanke einer universellen menschlichen Natur bringt uns zu unserem dritten Motiv: dem Humanismus. Den Denkern des Zeitalters der Vernunft und der Aufklärung war es wichtig, eine weltliche Begründung aller Moral zu finden. Sie standen unter dem Eindruck von Jahrhunderten des religiös begründeten Gemetzels: Kreuzzüge, Inquisition, Hexenjagden, die europäischen Religionskriege.

Sie legten den Grundstein dessen, was wir heute Humanismus nennen. Dessen Leitgedanke lautet: Das Wohlergehen Einzelner – Männer, Frauen, Kinder – ist wichtiger als der Ruhm der Stammesgemeinschaft, der Rasse, der Nation oder der Religion. Einzelne sind es, nicht Gruppen, die Empfindungen haben – Freude, Schmerz, Erfüllung, Angst. Dieses universelle Vermögen des Einzelnen, zu leiden oder zu gedeihen, sei es – ob als grösstes Glück der grössten Zahl formuliert oder als kategorischer Imperativ, Menschen als Ziele und nicht als Mittel zu betrachten –, das an unser moralisches Empfinden appelliert.

Zum Glück befähigt uns unser Menschsein, dem Appell Folge zu leisten. Wir sind mit der Fähigkeit zur Sympathie ausgestattet, zum Wohlwollen, Erbarmen, Mitgefühl. Derart befähigt gibt es nichts, was uns daran hindern könnte, den Kreis unserer Sympathie auszuweiten: von der Familie und der Stammesgesellschaft auf die Menschheit als Ganzes – insbesondere da uns im zunehmenden Licht der Vernunft immer weniger zur Annahme berechtigt, wir – oder eine der Gruppen, der wir angehören – hätten eine Sonderbehandlung verdient. Dass wir uns zuletzt als Weltbürger begreifen, ist schlechthin unausweichlich.

Die Denker der Aufklärung brachte ihr Humanismus dazu, nicht nur religiöse Gewalt, sondern ebenso die weltlichen Gräuel ihrer Zeit zu verdammen: Sklaverei, Tyrannei, die Todesstrafe für Bagatelldelikte wie Ladendiebstahl oder Wilderei, sadistische Strafen wie Auspeitschen, Amputation, Pfählen, Herausreissen der Eingeweide, Rädern oder Verbrennen auf dem Scheiterhaufen. Die Aufklärung wird bisweilen auch humanitäre Revolution genannt, da sie zur Abschaffung barbarischer Praktiken führte, die über Jahrtausende Normalität gewesen waren. Wenn die Abschaffung der Sklaverei und grausamer Strafen kein Fortschritt ist, gibt es überhaupt keinen Fortschritt. Das bringt uns zum vierten Ideal der Aufklärung.

Fortschritt

Die Wissenschaften haben unser Weltverständnis vermehrt, Vernunft und Weltbürgertum haben unseren Kreis des Mitgefühls erweitert. Die Menschheit ist intellektuell und moralisch vorange-

kommen. Wir sind nicht dazu verdammt, der wachsenden Unvernunft unserer Tage tatenlos zuzusehen – ebenso wenig dazu, ein goldenes Zeitalter wiederherstellen zu wollen.

Das Ideal des Fortschritts sollte nicht mit jenem Versuch des 20. Jahrhunderts verwechselt werden, der «autoritären Hochmoderne», wie der Politologe James Scott es nannte, die Gesellschaft den scheinbar wissenschaftlichen Plänen der Technokraten gefügig zu machen. Dieses Bestreben verneinte die Existenz einer menschlichen Natur mit ihrem unordentlichen Bedürfnis nach Schönheit, Natur, Tradition oder sozialer Intimität. Am grünen Tisch planten die Modernisten neue Städte, in denen sie lebendige Wohnviertel durch Schnellstrassen, Hochhäuser, zugige Plätze und brutalistische Architektur ersetzten.

«Die Menschheit wird wiedergeboren» und «in ordentlicher Relation zum Ganzen leben», theoretisierten sie. Obwohl solche Entwicklungen manchmal unter «Fortschritt» liefen, lag Ironie in diesem Gebrauch des Wortes: Fortschritt, der nicht von Humanismus geleitet ist, ist kein Fortschritt. Die Hoffnungen der Aufklärer auf Fortschritt ruhten weniger auf einer Umgestaltung der menschlichen Natur als auf den Institutionen: Menschgemachte Systeme wie Regierungen, Gesetze, Schulen, Märkte und internationale Organisationen sind naheliegende Ansatzpunkte, um mit Hilfe der Vernunft das Leben aller besser zu machen.

In diesem Sinne ist Regierung keine göttlich sanktionierte Herrschaft, kein Synonym für Gesellschaft, keine Manifestation einer nationalen, religiösen oder ethnischen Seele, sondern eine menschliche Erfindung, ein stillschweigender Gesellschaftsvertrag. Er dient dem Wohl der Bürger, indem er ihr Verhalten koordiniert und egoistischem Handeln entgegenwirkt, zu dem sich der Einzelne versucht fühlt, das aber dem Allgemeinwohl abträglich ist. Das wohl berühmteste Produkt der Aufklärung, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung, formuliert es so: Zur Sicherung des Rechts auf Leben, auf Freiheit und auf das Streben nach Glück sind Regierungen unter den Menschen eingerichtet, die ihre rechtmässige Macht aus der Zustimmung der Regierten herleiten.

Wohlfahrt

Die Aufklärung brachte auch die erste Analyse der Wohlfahrt hervor. Sie fragte nicht, wie Wohlstand verteilt sei, sondern begann mit der vorgängigen Frage, wie Wohlstand überhaupt entstehe. Spezialisierung funktioniert nur auf einem Markt, der Spezialisten erlaubt, ihre Waren und Dienstleistungen zu tauschen. Smith sah wirtschaftliche Aktivität als Form der Kooperation zu gegenseitigem Nutzen an (als Positivsummenspiel, wie man heute sagen würde): Jeder bekommt etwas zurück, das für ihn wertvoller ist, als was er hingegeben hat. Durch freiwilliges Tauschen nützen wir anderen, indem wir uns selbst nützen, oder in Smiths Worten: «Nicht von dem Wohlwollen des Metzgers, des Brauers oder Bäckers erwarten wir unsere Mahlzeit, sondern von ihrer Bedachtnahme auf ihr eigenes Interesse. Wir wenden uns nicht an ihre Humanität, sondern an ihre Eigenliebe.» Smith hielt die Menschen nicht für rücksichtslos egoistisch und fand auch nicht, dass sie es sein sollten; kaum jemand schrieb je so leidenschaftlich wie er über zwischenmenschliche Sympathie. Alles, was er sagte, war, dass die Neigung der Menschen, für ihre Familien und für sich selbst zu sorgen, dem Allgemeinwohl dienen kann.

Tauschen kann eine Gesellschaft nicht nur reicher machen, sondern auch friedlicher. In einem funktionierenden Markt ist es billiger, Dinge zu kaufen, als sie zu stehlen, und die Menschen

Anzeige

Familie Zahner | 8467 Truttikon
052 317 19 49 | www.zahner.biz | zahner@swissworld.com

Die 7 Besten von 50 Barriques.

Fr. 25.–

Truttiker
Pinot Noir Barrique

Réserve du Patron

sind einander lebendig mehr wert als tot. Oder wie es der Ökonom Ludwig von Mises Jahrhunderte später formulierte: «Wenn der Schneider gegen den Bäcker kämpfen will, muss er trachten, sein Brot selbst zu erzeugen.» Viele Denker der Aufklärung, unter anderen Montesquieu, Kant, Voltaire, Diderot und der Abbé de Saint-Pierre, vertraten das Ideal des «doux commerce», eines wohltätigen Handels. Die amerikanischen Gründerväter – George Washington, James Madison und besonders Alexander Hamilton – entwarfen die Institutionen der jungen Nation mit Blick auf dieses Ideal.

EXKURS:
FREIE MÄRKTE UND WOHLFAHRT
Wenn Sie eine moralisch ernsthafte Person sind und alle Menschenleben für gleichwertig halten, sollten Sie Massnahmen, die Milliarden Menschen aus drückender Armut befreien, aber Millionen amerikanische Fabrikarbeiter arbeitslos machen, aus moralischer Sicht uneingeschränkt befürworten. Doch natürlich wäre es für einen amerikanischen Politiker politischer Selbstmord, eine solche Kalkulation auch nur eine Millisekunde lang zu erwägen. Und doch gibt es aus US-Sicht durchaus auch andere Gründe, Globalisierung gutzuheissen: billigere Waren für Hunderte Millionen amerikanischer Verbraucher, grössere Märkte für amerikanische Exporteure sowie die höhere Stabilität einer reicheren Welt mit weniger Migration, Epidemien und Aufständen.
Wir wissen, dass Marktwirtschaft im Vergleich zur totalitären Planwirtschaft Länder freier, reicher und zufriedener macht. Wir wissen aber auch, dass die Gewohnheit sowohl der radikalen Linken als auch der radikalen Rechten, Kapitalismus mit Anarchokapitalismus gleichzusetzen (keine Regulierung, keine Sozialausgaben), falsch ist. Man kann für freie Märkte mit Regulierungen sein, ebenso wie man für freie Gesellschaften mit Strafrecht sein kann. Selbst der kompromissloseste Anhänger freier Märkte muss zugeben, dass Märkte denjenigen, die nichts anzubieten haben, also Kindern, Alten, Kranken und Zukurzgekommenen, keineswegs einen anständigen Lebensunterhalt gewähren. Ebenso müssen sie anerkennen, dass Märkte als solche ausserstande sind, öffentliche Güter zu schützen, die niemandes Eigentum sind – etwa die Erdatmosphäre. Kein Wunder, dass alle wohlhabenden, kapitalistischen Länder hohe Sozialausgaben und einen hohen Regulierungsgrad aufweisen. Und als Kanadier kann ich bestätigen, dass freie Marktwirtschaften mit im Vergleich zu den USA höheren Sozialausgaben und Regulierungen keineswegs finstere Dystopien auf dem besten Weg in Richtung Venezuela sind, sondern tatsächlich ziemlich lebenswerte Orte mit mehr Zufriedenheit, besserer Bildung, längeren Lebensspannen, weniger Gewaltverbrechen, Abtreibungen und Geschlechtskrankheiten.

Frieden

Damit kommen wir zu einem weiteren Ideal der Aufklärung: Frieden. Krieg war ein so gewöhnlicher Bestandteil der Geschichte, dass es nahelag, ihn als Konstante der Conditio humana zu betrachten und zu glauben, dass Frieden erst in einem messianischen Zeitalter möglich sei. Doch mit der Aufklärung wurde Krieg nicht länger als göttliche Strafe angesehen, die man zu erdulden und beklagen hatte, oder als ruhmreicher Streit, den es zu gewinnen und zu feiern gab, sondern als praktisches Problem, das gemildert und eines Tages gelöst werden musste. In «Vom ewigen Frieden» schlägt Kant Massnahmen vor, um Herrscher davon abzubringen, ihre Länder in Krieg zu stürzen. Neben internationalem Handel empfiehlt er repräsentative Republiken (was wir Demokratien nennen würden), gegenseitige Transparenz, Normen gegen Angriffskriege oder Einmischungen, Freizügigkeit sowie einen Staatenbund, der etwaige Konflikte seiner Mitglieder schlichtet.

Bei aller Bewunderung für die Voraussicht jener Gründer, Gestalter und Philosophen sollten wir die Aufklärung nicht *ver*klären. Die Aufklärer waren Männer und Frauen ihres Zeitalters, des 18. Jahrhunderts. Einige waren Rassisten, Sexisten, Antisemiten, Sklavenhalter oder Duellanten. Einige der Fragen, über die sie sich den Kopf zerbrachen, scheinen uns unterdessen fremd. Zudem hatten sie neben den brillanten auch genügend schwachsinnige Ideen. Entscheidend war: sie lebten zu früh, um einige der Eckpfeiler unseres modernen Wirklichkeitsverständnisses zu würdigen, Konzepte wie Entropie, Evolution oder Information.

Und sie wären die ersten gewesen, das zuzugeben. Wer die Vernunft preist, für den zählt nur die Integrität des Gedankens, nicht die Persönlichkeit dessen, die ihn denkt. Und wer sich dem Fortschritt verschrieben hat, kann schwerlich behaupten, im Besitz der höchsten Wahrheit zu sein. Es schmälert die Bedeutung der Aufklärer nicht im Mindesten, einige entscheidende Einsichten in die Conditio humana und das Wesen des Fortschritts zu benennen, die uns gegeben sind, die ihnen aber fehlten. ‹

Aus dem Amerikanischen übersetzt von Jan Meyer-Veden.

Steven Pinker
ist US-amerikanisch-kanadischer Experimentalpsychologe, Kognitionswissenschafter und Linguist. Er ist Professor in Harvard, von ihm erscheint im September auf Deutsch: «Aufklärung jetzt!» (Fischer, September 2018). Der vorliegende Essay erscheint hier erstmals und exklusiv auf Deutsch. Der Beitrag setzt sich zusammen aus Teilen von Pinkers kommendem Buch und thematischen Konkretisierungen, die Steven Pinker auch in einem Interview mit «Weekly Standard» gemacht hat. Wir danken dem Autor für die freundliche Zusammenarbeit.

«Die Innovation liegt in der DNA dieses Landes»

Die Chefin von Microsoft Schweiz weiss: gute Arbeitsbedingungen sorgen für Identifikation mit der Firma. Dafür engagieren sich noch längst nicht alle hiesigen Unternehmen. Können sie von einem Dinosaurier der IT-Branche etwas lernen?

Ronnie Grob trifft Marianne Janik

Frau Janik, als Deutsche in der Schweiz und als CEO eines international tätigen Unternehmens: Welche Besonderheiten weist die Schweiz im Unterschied zu anderen Ländern hinsichtlich der Digitalisierung auf?
Der Erfolg bei der Digitalisierung kommt ja oft aus der Fähigkeit, zu kooperieren und sich zu vernetzen. Die Schweiz ist hierbei gut aufgestellt: Sie funktioniert stark in Netzwerken. Die Innovation liegt in der DNA dieses Landes und vor allem auch in den KMU. Und das Thema Sicherheit ist ein Markenkern.

Welche kulturellen Besonderheiten können mit dem Wandel in Konflikt geraten?
Was es braucht, ist der Wille und die Fähigkeit, auch über die Schweiz *hinaus*zudenken. Zu sagen: «Wir wollen neutral sein und nicht überall mitmachen, denn wir sind uns selbst genug» – das hat viel mit Identität zu tun. Es ist ein Bruch, der historisch nachvollziehbar ist, denn als von Grossen umringter Kleiner neigt man dazu, sich zu verstecken. Ich frage mich allerdings, ob die in der Schweiz typische Bescheidenheit wirklich angebracht ist.

Konkreter?
Sich nicht genügend zu zeigen und zu vermarkten kann auch ein Fehler sein, ein falschverstandenes Understatement. Ich glaube, es braucht mehr Selbstmarketing in der heutigen Zeit.

Sie arbeiten für einen internationalen Konzern in einem Land, das sich oft in Identitätsfragen aufreibt. Ist das nicht auch mühsam manchmal?
Microsoft hat sich bewusst für eine Struktur entschieden, die auf Ländern basiert und nicht auf Kontinenten oder grösseren Regionen – eben weil wir glauben, dass nationale und kulturelle Unterschiede wichtig sind. Wir sind nun dreissig Jahre in der Schweiz und haben Mitarbeiter aus 43 Nationen. Darunter gibt es natürlich auch welche, denen die schweizerischen Eigenheiten zu Beginn etwas mühsam erscheinen und die nicht verstehen wollen, dass sie als Mitarbeiter eines internationalen Konzerns Rücksicht auf lokale Gegebenheiten nehmen müssen. Hier muss man die Kollegen heranführen und ich habe noch keinen angetroffen, der sich nicht hätte überzeugen lassen.

«Ich frage mich, ob die in der Schweiz typische Bescheidenheit wirklich angebracht ist.»

Marianne Janik

Marianne Janik, photographiert von Philipp Baer.

«In unserem Schweizer Netzwerk gibt es derzeit rund 6000 Partner, die insgesamt 15 000 offene Stellen nicht besetzen können.»

Marianne Janik

Blicken wir kurz gemeinsam auf die Microsoft-Geschichte zurück: Es gibt dieses berühmte Teamfoto der ersten 11 Microsoft-Mitarbeiter von 1978. In den 1990er Jahren war die Firma dann ein «Monopol», das angeblich die ganze Welt bedrohte und zerschlagen gehörte. Heute ist Microsoft ein erfolgreicher, alles andere als ausgestorbener Dinosaurier in der Branche. Gibt es trotz dieses ständigen Wandels eine eigene, Microsoft-interne Identität?

Es gab ja vor vier Jahren einen Wechsel: Satya Nadella, der selbst schon zwanzig Jahre bei Microsoft arbeitete, folgte 2014 auf Steve Ballmer und ist damit nach Bill Gates erst der dritte CEO des Unternehmens. Er hat es geschafft, die Vision aus den Anfangszeiten – also zum Beispiel «a PC in every home» – in die heutige Zeit zu bringen: Microsoft will Technologie schaffen, die dem Menschen als Unterstützung und Hilfsmittel dient, letztlich also die Demokratisierung der Technologie. Nadella hat das Portfolio umgebaut und gleicht das, was entwickelt wird, stets mit dieser Vision ab.

Soll man auch stolz sein, Microsoft-Mitarbeiter zu sein?

Auf jeden Fall! Wir glauben an menschliche Neugier, daran, dass man an sich arbeiten kann – und sich gegenseitig unterstützt, was auch Möglichkeiten für jene eröffnet, die beispielsweise körperlich oder geistig benachteiligt sind. Ich sehe das Unternehmen als einen Rahmen, in dem sich die Leute verwirklichen können.

Wie hat sich die Produktpalette von Microsoft Schweiz im Sinne dieser Vision verändert in den letzten vier Jahren?

Das Portfolio rund um das Thema Kollaboration wird gut aufgenommen. Dann bieten wir ab 2019 Cloud-Lösungen mit Servern in der Schweiz an. Die Wege sind kurz hier – und so kommen Firmen, Partner, Personen auch branchenübergreifend viel schneller zusammen und sind auch bereit, zusammenzuarbeiten. Wir haben deshalb früh angefangen, über Ökosysteme nachzudenken, also über die Frage, welchen Baukasten diese Systeme jeweils benötigen, denn auf diese Bedürfnisse muss man richtig, also passgenau, reagieren.

Gilt Microsoft Schweiz auch als KMU?

Ja, mit 600 Mitarbeitern sind wir auch ein KMU. Für kleinere und mittlere Unternehmen ist die Beurteilungsfähigkeit bei Technologieentscheidungen eine Herausforderung. Wir arbeiten daran, diese zu stärken, auch mit den Verbänden. Wenn es ohne neue Technologie geht, dann verweigern sich doch viele KMU, überhaupt eine Technologieentscheidung zu treffen. Ich gebe Ihnen ein gegenteiliges Beispiel: die Hiag-Gruppe begann 1876 als Familienunternehmen in der Holzindustrie und veränderte sich Anfang der 2000er Jahre zu einem Immobilienunternehmen, heute ist sie im Facility Management tätig. Jetzt will das Unternehmen zu einem Spezialisten für Konnektivität im digitalen Zeitalter werden.

Eine erstaunliche Transformation.
Ja, es gibt diese Unternehmer, die sagen: Ich wage es, aber ich wage es nicht alleine und nehme Partner an Bord. Vor ihrem Mut muss man den Hut ziehen. In den Medien erfährt man allerdings kaum je von diesen erfolgreichen Transformationsprozessen vor der eigenen Haustür. Viele der Journalisten fliegen lieber ins Silicon Valley nach Kalifornien und schreiben über die Veränderungen dort.

Digitalisierung ist ja sehr konkret. Wenn Sie vergleichen, wie Sie 2008 gearbeitet haben und wie Sie jetzt als CEO 2018 arbeiten – was hat sich geändert?
Die Möglichkeiten, mit eigenen Mitarbeitern und mit Partnern zu kollaborieren, haben zugenommen. Heute bin ich in der Lage, einen Gruppenchat oder eine Telefonkonferenz einzuberufen oder ein Dokument aufzusetzen, an dem wir dann gemeinsam arbeiten. Sehr intensiv nutze ich die Sprachübersetzungsprogramme, die ja heute durchaus brauchbar sind. Ich spreche mit meinen Geräten, und abends, wenn ich keine Lust mehr habe, Texte zu lesen, lasse ich sie vorlesen. Ich will das zwar nicht immer wissen, aber ich verfüge auch über ein Programm, das mir sagt, *wie* ich gearbeitet habe.

Was teilt Ihnen dieses Programm mit?
Das nennt sich My Analytics: es sagt mir, wie viel Zeit ich mir abseits von Terminen genommen habe, wie lange meine Meetings im Schnitt sind, mit wem ich am meisten zusammenarbeite, ob ich Multitasking mache oder nicht. Diese Daten sind nur für mich bestimmt, aber ich könnte sie auch teilen.

Was haben Sie denn gemäss My Analytics letzte Woche falsch gemacht?
Ich habe viel zu viele E-Mails geschrieben ausserhalb der Kernarbeitszeit, ich war zu oft am Abend aktiv und ich hatte zu wenig Zeit für mich selbst. Wichtig ist es, sich auch mal komplett abzumelden und alle Geräte abzuschalten – und das mache ich auch. Ich versuche insgesamt, achtsamer zu sein. Denn oft sieht man als Führungskraft ja Mitarbeiter über eine längere Zeit nicht persönlich – und so steigt die Gefahr, dass man sie nicht mehr spürt und gegebenenfalls die falschen Entscheide trifft.

Sie haben als Studentin an der Migros-Kasse in Kreuzlingen gearbeitet – das ist ein Job, den es absehbar bald nicht mehr geben wird, nicht zuletzt aufgrund neuer Möglichkeiten der Vernetzung durch digitale Systeme. Wird es generell weniger Arbeit geben?
Momentan sieht es nicht danach aus: In unserem Schweizer Microsoft-Partner-Netzwerk gibt es derzeit rund 6000 Partner, die insgesamt 15 000 offene Stellen nicht besetzen können – in den letzten zwölf Monaten hat sich diese Zahl sogar noch vergrössert. Dabei handelt es sich um technisch anspruchsvolle Stellenprofile: Programmierer, Datenwissenschafter, aber auch Mitarbeiter, die sowohl Technologie als auch Prozesse verstehen. Auch ausserhalb des Netzwerks werden Datenwissenschafter händeringend gesucht – die Uni St. Gallen offeriert aber erst in diesem Herbst einen ersten Lehrgang in Data Science Fundamentals. Im Bereich Cybersicherheit könnten ebenfalls Zehntausende von Stellen sofort besetzt werden.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch 50jährige arbeitslose Programmierer. Wenn Fachkräftemangel auf Arbeitslosigkeit trifft, dann liegt das Problem also bei der Bildung?
Richtig. Die Erkenntnis, was die Wirtschaft *tatsächlich* braucht, muss sich im Schulalltag abbilden, und das funktioniert nicht gut genug. Wir versuchen, uns einzubringen, indem wir Tage der offenen Tür organisieren oder mit unserem Programm Educonnect auch aktiv bei den Schulen vorbeigehen – ohne dort etwas verkaufen zu wollen.

Microsoft testet neue Arbeitsmodelle und Strukturen auch gleich selbst, habe ich gelesen. Auch in den Zürcher Teams?
Ja. Wir machen das, weil wir als Arbeitgeber attraktiv sein wollen und unterschiedlichen Charakteren die Möglichkeit bieten wollen, sich einzubringen. Seit bald zehn Jahren haben wir keine Präsenzpflicht mehr. Wir individualisieren auch die Gestaltung der Büroräume, kürzlich etwa räumten wir ein ganzes Stockwerk aus, um dort einen Co-Working-Space einzurichten. Wir wollen es unseren Mitarbeitern auch ermöglichen, mit einem Bein bei uns angestellt zu sein und mit einem anderen Bein ein eigenes Unternehmen zu betreiben. Wir experimentieren auch mit externalisierten Strukturen, also mit Mitarbeitern, die gerne parallel auch noch andere Dinge machen wollen.

Oft ist das auch eine Frage der Bürokratie. Hat letztere in der Schweiz spürbar zugenommen in Ihrer Zeit hier?
Ja, ganz klar. Das Arbeitszeitgesetz macht uns Mühe. Wir haben ausserdem grosse Schwierigkeiten mit Arbeitserlaubnissen aus dem Nicht-Schengen-Raum, sogar dann, wenn wir nur für einige Zeit einen Experten vor Ort beiziehen wollen. Überdies müssen wir alle gemeinsam versuchen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern – denken Sie nur an die schwierige Kinderkrippensituation an vielen Wohnorten unserer Mitarbeiter. Ich wünsche mir, dass die Schweiz ihre liberale Tradition aufrechterhält und nicht weiter reguliert. Und wenn sie reguliert, dann nur im Sinne von klaren Prinzipien. ❮

Marianne Janik
ist seit Juli 2015 als Country Manager für die Leitung von Microsoft Schweiz zuständig. Zuvor verantwortete sie rund vier Jahre lang die Bereiche öffentliche Verwaltung, Bildung und Gesundheitswesen in der Geschäftsleitung von Microsoft Deutschland.

Ronnie Grob
ist stv. Chefredaktor dieser Zeitschrift.

Der Untergang des Abendlandes

China setzt an, den sich selbst aufreibenden Westen zu überholen. Was wird (von) Europa und der transatlantischen Allianz übrig bleiben?

Michael Wiederstein trifft Bruno Maçães

Herr Maçães, was hiess es, wenn man bis anhin vom Westen sprach, und was, wenn man vom Osten sprach?

Es gibt viele verschiedene Arten, den «Westen» zu denken, es gab aber sehr lang nur eine, den «Osten» zu denken. Bis anhin war der Osten vor allem dadurch charakterisiert, nicht der Westen zu sein.

Was also war der Westen?

Den Begriff des Westens gibt es schon lange, man verstand ihn bisher als Idee einer bestimmten Zivilisation und Kultur, zurückgehend bis ins antike Griechenland. Wenn wir heute von «Westen» reden, ist der Kontext politischer, meist wird damit die transatlantische Allianz gemeint, die engen Beziehungen zwischen den USA und Europa, die begründet sind in einem ähnlichen Umgang mit Fortschritt und Technologie seit dem Beginn der Moderne. Vor etwa drei Jahrhunderten begannen aufgeklärte Europäer und US-Amerikaner damit, neue, revolutionäre Technologien zu ihrem Vorteil zu nutzen und über Märkte immer grösseren Gesellschaftsgruppen zugänglich zu machen.

Sie meinen den Kapitalismus.

Durchaus. Er sorgte für einen nie dagewesenen Wohlstandszuwachs, der die – dazumal «westliche» – Welt von allen anderen Weltregionen unterschied. Diese Trennung, die zuerst eine ideelle war und dann eine materielle, erklärte sich als westliche Errungenschaft: der Westen war es, der das Geheimnis der modernen Welt entdeckte und dann auch produktiv zu nutzen verstand. Die «Moderne» der Arbeitsteilung und des Rechtsstaats ist auch für die Menschen in Asien, denen ich begegne, eine «westliche» Errungenschaft.

Moderne, arbeitsteilige Marktwirtschaften finden sich heute überall auf der Welt. Manche behaupten, man finde sie mitunter eher in Asien als in Europa.

Die Technologie und unser Umgang damit, auch die Experimentierfreude sind sicher keine europäischen Spezialitäten mehr. Während Asien und der Rest der Welt zwei Jahrhunderte versuchten, aufzuholen, hat sich das Blatt in den letzten drei Jahrzehnten gewendet: Asien, auch andere Teile der Welt, *haben* aufgeholt. Sie schicken sich an, uns zu überholen. Aber im Westen glauben wir weiterhin nur zu gern, zivilisierter, moderner, besser zu sein. Das stimmt aber nicht mehr. Wir sind nicht nur *nicht weiter,* der Osten hat – von uns unbemerkt – auch das Spielfeld gewechselt.

Was meinen Sie damit?

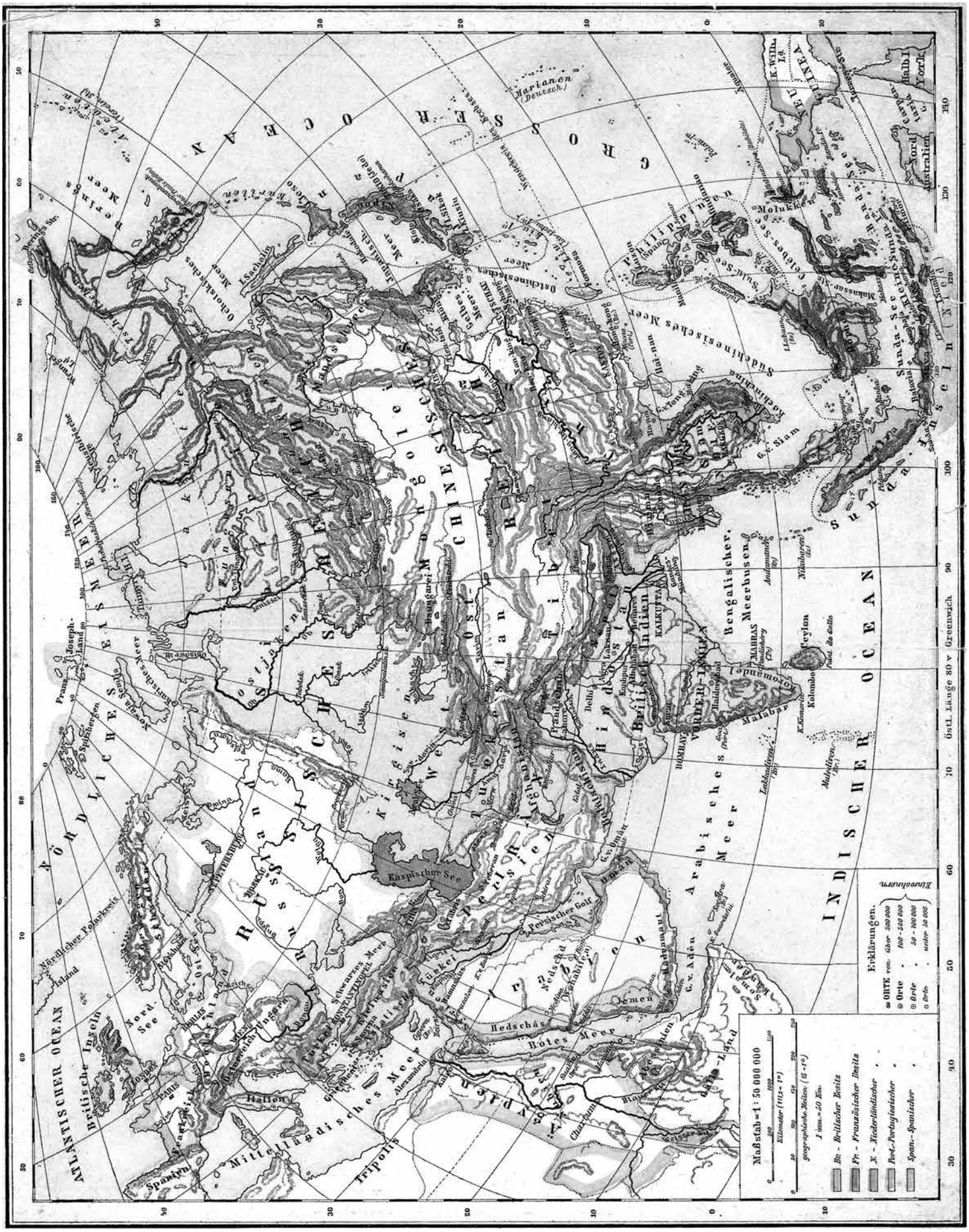
China und andere Teile der Welt eifern dem Westen nicht nur nach, sie nutzen ihren entstehenden Wohlstand auch anders als wir: Die liberale Demokratie westlicher Prägung, von der wir glaubten, sie besässe augenfällige Wettbewerbsvorteile und stelle sich überall dort ein, wo der Wohlstand wächst, wird diesem Anspruch nicht gerecht. Asien hat aufgeholt, aber seine Kulturen haben sich unseren nicht angeglichen. Die Chinesen etwa sind, bisher jedenfalls, nicht konvertiert. Ich glaube, dass einige der Werte, an denen wir uns im Westen heute orientieren – und sei es auch oft nur noch in Sonntagsreden von Politikern –, in der künftigen Weltordnung dramatisch an Relevanz verlieren werden. Das betrifft das Ansehen der liberalen Demokratie ebenso wie die Lehrpläne der Schulen, die Studien unserer Universitäten. All das wird sich stärker an China orientieren müssen.

Wir streichen John Locke und John Stuart Mill, um chinesische Politphilosophie zu studieren, meinen Sie?

Die beiden werden zwar vielleicht nicht von unseren Lehrplänen gestrichen. Die chinesische Politphilosophie aber wird sicher an Einfluss gewinnen.

Nennen Sie mich einen «Eurozentristen», wenn ich finde, dass dieses Ende des westlichen Liberalismus kein Grund zur Freude sein dürfte?

(lacht) Nein. Aber das ist Chinas Plan und China *wird* ihn zu einem gewissen Grad durchsetzen, zumindest in seinem immer grösser werdenden Einflussbereich. China wird dem Liberalismus oder dem, was davon übrig ist, zusetzen. Und wir sollten uns Gedanken darüber machen, wie wir damit umgehen wollen. Wenn ich nun von einem Aufschwung des Kontinents «Eurasien» rede, um den wir uns im Westen lange nicht besonders gekümmert haben, so glaube ich zwar, dass die Vorherrschaft des westlichen Modells



Umgekipptes Abendland. Bild: Politische Karte Asiens. Quelle: D. H. Lange: Volksschul-Atlas, Dreihundertste Auflage, George Westermann in Braunschweig, 1899, Public Domain.

zu Ende geht. Aber Eurasien wird eine Kombination sein: der Liberalismus wird ergänzt und konkurrenziert werden.

Das passiert ja heute schon: in den letzten anderthalb Jahren haben die Abwehrreflexe gegenüber China in Europa und den USA stark zugenommen. In jedem grösseren Land warnen Wirtschaftsvertreter davor, dass China auf «Einkaufstour» in den erfolgreichen Industrien gehe.

Diese Situation wird sich in den nächsten Jahren deutlich verschärfen. Die Einkäufer sind finanziell enorm potent, weil sie eben nicht rein marktwirtschaftlich oder rein staatswirtschaftlich organisiert sind, sondern die Stärken beider Systeme vereinen. Das macht sie potenter als die Konkurrenz aus dem Westen. Und wenn die Industrien, an denen China Interesse bekundet, dann nach rein marktwirtschaftlichen Überlegungen – Angebot und Nachfrage – über einen Verkauf entscheiden, so kriegt China ab jetzt immer den Zuschlag. Das ist Macht. Enorme Macht.

Es ist also eigentlich ein guter Zeitpunkt für Europa, enger zusammenzurücken, um im Spiel der grossen Blöcke geeint aufzutreten. Dumm nur, dass Brüssel ständig neue Brandherde innerhalb Europas löschen muss, die es selbst mitprovoziert hat. Was wäre zu tun?

Das Problem geht weit über Europa hinaus: Alles, was diesen Westen früher zusammenhielt, verschwindet gerade. Ablesbar, da haben Sie recht, wird das auch am Zustand der Europäischen Union. Der Zustand der Beziehungen zwischen der EU und Grossbritannien zeigt dieselben Symptome wie derjenige zwischen der EU und den USA. Grossbritannien will seinen eigenen Weg gehen, aber die Benefits des Marktzugangs behalten, die EU will ihren eigenen Weg gehen, aber die Benefits der militärischen und ökonomischen Schutzmacht USA behalten. Die Nabelschau ersetzt das strategische Bilden von Allianzen früherer Tage, und das auf fast jeder Ebene. So zerbricht der Westen in immer kleinere Einheiten. Was vor Ort im Sinne von Souveränitätsgewinnen durchaus Sinn machen kann, wird im Grossen nun immer mehr zu einer weltweiten Machtprobe. Wenn der Westen aus einer transatlantischen Allianz zuerst in USA und Europa zerfällt, Europa derweil in seine Einzelteile – so wächst die Macht anderer Blöcke an, ohne dass sie dafür überhaupt etwas tun müssten. Russland etwa hat daraus eine eigene Strategie der Schwächung der EU gemacht.

Die Schweiz ist Teil des «Westens» in einem kulturellen, zivilisatorischen Sinne – aber politisch weitgehend unabhängig. Ist das nun ein Vor- oder Nachteil in der neuen Welt, in der Ost und West in ihrer bisherigen Verfasstheit nicht mehr existieren?

Die Schweiz ist aktuell in einer sehr guten Position zwischen den verschiedenen Blöcken, weil sie nie nur über die verschiedenen Verflechtungen jenseits der Politik nachgedacht hat, sondern sie aktiv, aber jenseits klassischer Aussenpolitik vorantrieb. Das Ziel der Schweiz müsste es sein, auch weiterhin keiner zu grossen Rahmenordnung anzugehören, die ihren Handlungsspielraum stark einschränkt, sondern sich lediglich da auf Verträge festzulegen, wo es Sinn macht. Der Schweiz ist es möglich, in gewissen Dingen europäisch zu sein, aber nicht europäisch handeln zu «müssen», wie das EU-Mitgliedsländer tun. Während die EU seit 12 Jahren immer nur davon redet, einen Freihandelsvertrag mit China abzuschliessen, hat die Schweiz längst einen. Was der Schweiz allerdings nicht in die Karten spielt, ist ihre Aussenpolitik …

… weil sie nicht existiert?

Ja. Das wird ein Problem werden, denke ich, denn die Schweiz ist nicht das einzige Land, das auf eine Art Vermittler- oder Brückenkopfposition zwischen den Blöcken spekuliert: Grossbritannien ist eine ziemlich starke, aussenpolitisch aktive Konkurrenz. Und manchmal macht es den Anschein, als glaubten die Schweizer, ihr Land bestehe nur aus Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft, alles andere sei bestenfalls lästig und laufe schon von allein. In den letzten siebzig Jahren hat das mit geschicktem Trittbrettfahren, notwendigen Allianzen und allerhand Anziehungskraft für westliche Institutionen auf neutralem Gebiet gut funktioniert. Aber WTO, UNO und andere interessieren China nicht, es sind westliche Institutionen, und die verlieren bereits heute dramatisch an Relevanz. Wenn es um Machtpolitik geht, ist die Schweiz schlecht aufgestellt. In drei anderen wichtigen Punkten allerdings können andere von ihr lernen.

Die da wären?

Punkt eins: die Nationalstaaten und Staatenbünde der Zukunft müssen wettbewerbsfähiger werden. Wer schlecht wirtschaftet und wenig anzubieten hat, wird das Nachsehen haben. Wer keinen Wettbewerbsgeist hat, ist verloren. Gleichwohl gilt: wer konkurrenzfähig sein will, muss auch kooperationsbereit sein – gerade wenn man, so wie die Schweiz, klein ist und keine eigenen Ressourcen hat. Punkt zwei: wir müssen neugieriger werden, verstehen lernen, was andere Kulturen antreibt. Das haben die Schweizer seit jeher gemacht, denn als Aus- und Einwanderungsland profitierten sie seit jeher von Ideen-Im- und -Export. Dasselbe gilt im Hinblick auf die Technologie: wir müssen ihre Potentiale auch weiterhin entdecken wollen, selbst wenn ein echter oder vermeintlicher Missbrauch sie an bestimmten Stellen diskreditieren sollte. Neue Technologien verschwinden nicht einfach wieder. Sie setzen sich durch, weil sie effizient sind.

Und Punkt drei?

Wir müssen die missionarische Idee eines «richtigen Weges», den gerade wir Europäer zu beschreiten glauben und der sich deshalb durchsetzen soll, aufgeben! Es gilt stattdessen, die künstlichen Grenzen zwischen West und Ost loszuwerden, dann dürfte ein neuer Wettbewerb entstehen, einer der Ideen, Techniken und Technologien. Es wird ein neuer Markt entstehen, wo vorher keiner war. Darauf setze ich mehr Hoffnungen als auf die euro-

zentristische oder nationalistische Nabelschau. Unsere Nachbarn in der neuen Welt sind Indien, China und Russland – nicht Österreich, England und Schweden.

Wer könnte daran interessiert sein, diese Grenzen aufrechtzuerhalten?
Aktuell am meisten daran interessiert sind die Europäer. Wenn ich mit den Menschen in Russland, Kasachstan oder Indien über ein zusammenwachsendes Eurasien rede, sehe ich Freude und Hoffnung. Und in Europa? Lange Gesichter! Die Europäer sind enttäuscht, als hielten sie sich für von der Geschichte auserwählt. Sie stellen nun fest: so speziell sind wir Portugiesen, Schweizer, Deutsche gar nicht. Leider etwas gar spät, denn um Europa herum hat sich längst eine Art «Feuerring» gebildet, der auch auf diese lang gepflegte Arroganz, die übrigens seit jeher im Begriff «Abendland» mitschwingt, zurückgeht.

Konkreter?
Schauen Sie von Libyen, Italien über Griechenland, die Türkei, Georgien bis zur Ukraine und nach Ostpolen: überall brennt es. Hier sind es Flüchtlingslager, die kaum mehr kontrollierbar sind, dort sind es entstehende Autokratien, hier interveniert Russland, dort stimmen die Stimmbürger von selbst für prorussische Hardliner. Es ist sehr unglücklich, dass die EU den Russen nicht die Stirn bot und bietet und damit ein klares Signal an die Kaukasusländer schickt, die mitunter gern näher an Europa heranrücken würden, sich auch als Europäer fühlen. Diese Länder sind auf sich gestellt – oder an Russland gebunden. Das ist keine gute Ausgangslage für die nähere Zukunft. Unbedingt vermeiden sollten wir einen weiteren Fall Türkei.

Mit Verlaub: die Kriterien für die Aufnahme in die EU hat die Türkei nicht erfüllt. Es ist konsequent und richtig, dass Brüssel nicht dieselben Fehler wie bei der Euro-Einführung begeht und grosszügig über angebliche Details hinwegsieht.
Die Türkei war auf einem guten Weg für den Beitritt zur EU – und wahrscheinlich wären dort weitere Reformprozesse angestossen worden, wenn man ein konkreteres Angebot gemacht hätte. Stattdessen hat sich Brüssel in Sorge um die Folgen eines Beitritts aufgerieben, die Sache unnötig verzögert und am Ende vielleicht mit dafür gesorgt, dass die Türkei sich so entwickelt hat, wie wir es nun beobachten. Die meisten Beobachter sind sich heute einig, dass es aufgrund dieses «Unglücks» so schnell keine Erweiterungspläne mehr geben wird. Das bringt die EU weiter in die Defensive, in Abhängigkeiten – gerade im Hinblick auf die Türkei. Statt Stabilität zu bringen, importiert sie heute eher Instabilitäten.

Warum sollte eine grössere EU – also eine, die von Brüssel aus noch weniger gut bis an die Peripherie schauen und dort trefflich agieren kann – eine bessere EU sein?
Genau aus diesem Grund: die Europäische Union hätte, gesetzt den Fall, die Türkei wäre beigetreten, flexibler und wohl auch föderaler funktionieren *müssen*. Es hätte Reformen geben müssen, die das ganze System auf die Durchsetzung weniger, bestehender Regeln fokussiert hätten – und den Rest flexibilisiert.

Zum Beispiel?
Sicher wäre die Personenfreizügigkeit neu diskutiert worden. Um in der Türkei ökonomische Stabilität herzustellen, hätte man auch Lehren aus den Eurokrisen ziehen müssen. Das hätte vielleicht sogar Grossbritannien davon abgehalten, auszusteigen: die Briten reagieren ja vor allem allergisch auf bürokratische Bevormundung und ein zu enges Korsett von aussen. Stattdessen hören wir nun wieder von einer «Kernunion», was einer 2-Klassen-Union gleichkäme und die EU zerstören würde. Wer meint, die Probleme nur durch Reaktion, Reduktion und Rückzug zu lösen, wird damit nicht aufhören, bis jedes Gehöft seinen eigenen Staat ausruft. Was meinen Sie: kann das China die Stirn bieten?

Wäre es sinnvoller, Asien ein Angebot zu machen?
Nein, eigentlich macht China Europa ein Angebot, es hat sogar einen Namen: «One Belt, One Road»: Chinas neue Seidenstrasse über den ganzen Kontinent soll 2049 fertiggestellt sein. Das ist die grösste Geschichte des 21. Jahrhunderts! Es geht darin nicht nur um die Infrastruktur, die dieser neue Weg darstellen wird, sondern auch um die physische Reorganisation des Welthandels und der Weltpolitik – mit China als neuem Zentrum.

Welchen Anreiz sollten Bern oder Brüssel haben, sich diesem Zentrum anzudienen?
Diese neue Seidenstrasse hat das Zeug, den «Westen» im wirtschaftlichen Sinne zu ersetzen – also sollte er das Ziel verfolgen, Teil – bzw. das daran angeschlossene westliche Ende – davon zu werden, bevor das passiert. Wenn Sie in der Weltgeschichte nach einem Äquivalent dafür suchen, so ist das nicht der «Marshall-Plan» oder das Prinzip einer sozialen Marktwirtschaft, sondern «der Westen» selbst. Es geht um ein politisches wie ökonomisches Konzept: Während in den letzten 200 Jahren alle Augen auf Washington gerichtet waren, wird man ab 2050 nach Beijing schauen – jedenfalls aus den allermeisten Staaten dieser Welt. Auch die Verhältnisse auf unserem Kontinent werden sich umkehren. Europa wird dann wieder die kleine Halbinsel am nordwestlichen Rand des grössten Kontinents der Welt sein. ❮

Bruno Maçães
ist Politikwissenschafter und Autor. Er ist Senior Advisor bei Flint Global in London und Senior Fellow am Hudson Institute in Washington. Er war portugiesischer Staatssekretär für europäische Angelegenheiten. Von ihm zuletzt erschienen: «The Dawn of Eurasia» (Penguin, 2018).

Michael Wiederstein
ist Chefredaktor dieser Zeitschrift.

Auf den Trümmern der Erwartungen

Individualität, Freiheit, Pluralismus, Marktwirtschaft und Demokratie: Europa könnte aus seinen spezifischen Errungenschaften weiterhin politisches, wirtschaftliches und soziales Kapital schlagen. Die Europäische Union steht sich dabei nun selbst im Weg.

von Andreas Rödder

Ein «Zeitalter der Demokratie des Friedens und der Einheit» erwarteten die 32 europäischen und nordamerikanischen Staats- und Regierungschefs, als sie am 21. November 1990 die «Charta von Paris für ein neues Europa» unterzeichneten. Als der Kalte Krieg zu Ende war, schien das «Ende der Geschichte» (Francis Fukuyama) im besten Sinne gekommen, jedenfalls im Sinne des westlichen Modells von Freiheit und Menschenrechten, Demokratie und Marktwirtschaft, das sich nun, so die allgemeine Erwartung, unangefochten über den Globus verbreiten würde.

So wurde auch die europäische Ordnung von 1990 auf den Institutionen des Westens aus der Zeit des Kalten Krieges gegründet: auf der Nato und der Europäischen Gemeinschaft, die sich 1992 mit dem Vertrag von Maastricht in die Europäische Union verwandelte. Damit erfuhr die europäische Integration eine substantielle Vertiefung, vor allem durch die Währungsunion, die in Maastricht beschlossen und um die Jahrtausendwende realisiert wurde. Zugleich ging das Projekt der Freizügigkeit voran: mit dem Abkommen von Schengen schafften die Mitgliedsstaaten die Kontrollen an den Binnengrenzen ab, die stattdessen an die Aussengrenzen der Union verlegt wurden.

Als der Vertiefungsschub der europäischen Integration Ende der achtziger Jahre gerade Fahrt aufgenommen hatte, platzten die osteuropäischen Revolutionen in diesen Prozess hinein – und warfen die Frage auf, wie sich Westeuropa gegenüber den postkommunistischen Staaten verhalten sollte. Für das Frankreich François Mitterrands stand die Vertiefung der Integration ganz im Vordergrund, um das grösser gewordene Deutschland einzubinden. Vertiefung und Erweiterung gleichzeitig konnten kaum gutgehen. Auf eine Erweiterung zu verzichten und die osteuropäischen Staaten aussen vor zu lassen, hätte jedoch die europäische Integration als Selbstbezogenheit eines westeuropäischen Wohlstandsclubs decouvriert.

Also entschied sich die EU für eine Doppelstrategie – und wurde zwei Jahrzehnte später mit der Euro-Staatsschuldenkrise sowie der Migrations- und Flüchtlingskrise konfrontiert. Hinzu kamen der Brexit, der erstmalige Austritt eines Mitgliedsstaates, populistische Infragestellungen von innen sowie die globalen Krisen, die Europa von aussen herausfordern – sei es die russische Ambition, die Ordnung von 1990 auch unter Einsatz von Gewalt zu revidieren, sei es die Implosion des Nahen Ostens mit ihren globalen Weiterungen, sei es eine zunehmend unberechenbare US-amerikanische Politik. Auf ein «Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit» deutet 2018 wenig hin. Wir stehen vor den Trümmern unserer Erwartungen. Ist das europäische Projekt gescheitert? Oder bezieht es, im Gegenteil und wie so oft, gerade aus der Krise neue Energie? Bevor wir Perspektiven für die Zukunft entwickeln, lohnt ein bilanzierender Blick in die Vergangenheit.

Die Europäische Union von Maastricht: Aktiva und Passiva

Durch Freihandel und gemeinsamen Markt, Freizügigkeit und grenzüberschreitende Mobilität hat die europäische Integration Grenzen überwunden und eine zunehmende Verflechtung der europäischen Staaten, Wirtschaften und Gesellschaften befördert. Man darf diesen Kulturwandel, gerade in historischer Perspektive, nicht unterschätzen. So defizitär und problematisch die gesamte Euro-Rettungspolitik gewesen sein mag: als die Staats- und Regierungschefs am 7. Mai 2010 zusammenkamen, um die Krise gemeinsam zu bewältigen, taten sie das Gegenteil dessen, was die Verantwortlichen im Juli 1914 getan hatten, als jeder für sich und höchstens bilateral handelte, die Krise binnen weniger Tage eskalierte und in einer Katastrophe endete. Die europäische Integration hat einen Raum geschaffen, in dem Krieg nach menschlichem Ermessen genauso undenkbar geworden ist wie zwischen den USA und Kanada.

Dies gilt, jedenfalls dem Grundsatz nach, auch für die im Zuge der Osterweiterung kurz nach der Jahrtausendwende neu beigetretenen Staaten. Oft und nicht ohne Grund werden die Zustände in Polen und Ungarn, Rumänien und Bulgarien beklagt. Und doch ist die Osterweiterung die eigentliche Erfolgsgeschichte der Europäischen Union nach 1990. Im historischen und politischen Vergleich lässt sich feststellen, dass ausserhalb der Europäischen Union – von der Ukraine und Weissrussland über Russland und Georgien bis Kasachstan – keine ähnlich konsolidierten postkommunistischen Demokratien entstanden sind. In der Zwischenkriegszeit nach 1919 hatte sich die Mehrzahl der ostmitteleuropäischen Staaten hingegen innerhalb weniger Jahre in autoritäre

«Wenn Europa weltpolitisch handlungsfähig werden will, muss es sich auf seine Kraftquellen besinnen: die grossen Nationalstaaten.»

Andreas Rödder

Andreas Rödder, photographiert von Bert Bostelmann.

«Europa hat allen Grund, seine historische Besonderheit zu bewahren und zu verteidigen: den Rechtsstaat, Freiheit und Menschenwürde sowie die spezifisch europäische Mischung aus Einheit und Vielfalt.»

Andreas Rödder

Staaten oder Diktaturen mit erheblichen Gewaltpotentialen verwandelt. Und nach 1990 zeigten die Kriege in Jugoslawien in aller Schärfe, welche Gefahren der Instabilität und der Gewalt in Südost- und Ostmitteleuropa weiterhin lauerten. Vor diesem Hintergrund stellten die Stabilisierung in Ostmitteleuropa nach 1990 und der Beitrag der Europäischen Union zugunsten von Frieden und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz eine herausragende historische Leistung dar. Sie hatte freilich einen doppelten Preis: zum einen die Ungleichbehandlung der Ukraine und Georgiens gegenüber den baltischen Staaten, aus Rücksicht auf Russland, mit dem der Westen zum anderen dennoch nicht zu einem einvernehmlichen Verhältnis gelangte.

Luxemburg, Belgien und Polen sind nicht mehr Einmarschgebiete für die Armeen benachbarter Grossmächte, sondern stellen Präsidenten der europäischen Institutionen.

Über diesem historischen Fortschritt hat die Europäische Union es allerdings nicht vermocht, politische Handlungsfähigkeit in einer multipolar gewordenen Welt zu entwickeln. Der wesentliche Grund dafür liegt darin, dass der europäische Integrationsprozess insbesondere seit Maastricht dem Mantra der *ever closer union* gefolgt ist, die nur die eine Richtung kennt: «mehr Europa», immer mehr Übertragung von staatlichen Hoheitsrechten auf die europäische Ebene, statt die Kraftquellen Europas zu nutzen – seine Nationalstaaten und seine Vielfalt.

Die Übertragung staatlicher Hoheitsrechte auf die europäische Ebene in zwei zentralen Bereichen – Währung und Grenzen – hat sich als nicht hinlänglich funktionsfähig erwiesen. Das hat institutionelle Gründe, vor allem aber politisch-kulturelle. Die Europäische Währungsunion beruht neben der Institution der Europäischen Zentralbank auf einem Regelsystem für die Fiskalpolitik, die in nationaler Verantwortung blieb. Was die Verbindlichkeit solcher Regeln betrifft, herrschten allerdings grundlegende Unterschiede. Das angelsächsische Rechtsverständnis setzt auf Regeln, die allerdings in Krisenfällen zugunsten von Ausnahmen zurücktreten können. Das deutsche Rechtsverständnis betont hingegen aus historischen Gründen die Verbindlichkeit des Rechts gerade in Krisensituationen. In mediterranen Ländern wiederum werden fixierte rechtliche Normen allgemein als weniger bindend betrachtet.

Hinzu kamen unterschiedliche Wirtschaftskulturen. Die angelsächsische Kultur vertraut auf die «unsichtbare Hand» des Marktes und verschmolz seit den achtziger Jahren mit der amerikanischen Kapitalmarktkultur. Die Kultur des Wirtschaftsraums, der von Skandinavien bis Norditalien und von der Seine bis an die Oder reichte, setzte auf freiwillig akzeptierte Spielregeln statt möglichst freier Märkte. Hinzu kam als drittes die Kultur der südeuropäischen Regionen, in denen man dem Staat misstraute und stattdessen auf Traditionen weicher Währungen baute. Schliesslich entwickelte sich eine vierte Form der Wirtschaftskultur unter den Sonderbedingungen der postkommunistischen Transformationsgesellschaften in Ostmitteleuropa.

Damit fehlten der Währungsunion die politisch- und ökonomisch-kulturellen Grundlagen, die sie nicht eigens schaffen konnte. Die erhoffte Konvergenz der Volkswirtschaften blieb eine Illusion. Diese weiterwirkenden Differenzen wurden allerdings ignoriert und stattdessen camoufliert, nicht zuletzt durch suggestive Sprachformeln wie die vom europäischen Fahrrad, das ständig bewegt werden müsse, damit es nicht umfalle, um eine permanent fortschreitende Integrationsdynamik zu rechtfertigen – wobei ein Fahrrad, das nicht stoppen kann, unter verkehrspolizeilichen Aspekten keine sonderlich überzeugende Metapher ist. Oder die Kritik am «Rosinenpicken» und einem «Europa à la carte», wo die freie Wahl doch sehr viel attraktiver sein kann als ein Zwangsmenü für alle.

Die Alternative zur Europäischen Währungsunion, so sagte Helmut Kohl 1990, «heisst zurück zu Wilhelm II., das bringt uns nichts». Solche Sprachformeln suggerieren Alternativlosigkeit:

«Scheitert der Euro, dann scheitert Europa» (Angela Merkel), «Whatever it takes» (Mario Draghi). Solche moralisierenden, ultimativen Aufladungen hat Hans Joas als «Sakralisierung Europas» kritisiert, die an die sozialistische Devise «Vorwärts immer, rückwärts nimmer» erinnere. Durch solche Tabuisierungen der politischen Debatte hat sich die Europäische Union hingegen um Kritikfähigkeit und Reformbereitschaft gebracht. Zwar legte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im März 2017 ein «Weissbuch zur Zukunft Europas» vor, das verschiedene Möglichkeiten skizzierte. Doch war es keine sonderliche Überraschung, dass Juncker am Ende für die Option *ever closer union* plädierte.

Plädoyer für eine flexible, handlungsfähige EU…

Die Alternative liegt in einer ergebnisoffenen Bestandsaufnahme: Wo funktionieren europäische Institutionen und wo tun sie es nicht? Wo ist «mehr Europa» sinnvoll und wo auch weniger? Angela Merkel und Emmanuel Macron sind über die Notwendigkeit einer europäisch koordinierten Migrations- und Flüchtlingspolitik einig; wenn sie aber nicht zu erreichen ist, sind funktionierende nationale Lösungen besser als dysfunktionale europäische. Dasselbe gilt für die Währungsunion: wenn sie nach der Rettungspolitik funktioniert, besteht kein Handlungsbedarf – wenn aber nicht, sind auch Revisionen von Integrationsschritten, etwa Austritte von Mitgliedsstaaten, konstruktiv zu erwägen, statt sie über Sprachformeln wie die der «Alternativlosigkeit» auszuschliessen. Eine flexible Europäische Union wäre sowohl zur Vertiefung als auch zum Rückbau in der Lage.

Und sie wäre bereit, unterschiedliche Dichten der Integration in Europa zu akzeptieren, nicht nur ein «Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten», die doch alle auf denselben Endzustand hinsteuern sollen. Ein offeneres Europa aus Europäischer Währungsunion, Europäischer Union (ohne grundsätzliche Verpflichtung auf die gemeinsame Währung) und einer Peripherie mit geringerer Integrationstiefe wäre nicht zuletzt ein Instrument für einen flexiblen Umgang mit dem Brexit.

Hier läge auch ein Ansatz, um globale Handlungsfähigkeit in einer multipolaren Welt zu gewinnen. Die Ende 2017 avisierte Ständige Strukturierte Zusammenarbeit Pesco markiert einen richtigen Ansatz in Richtung einer gemeinsamen Sicherheitspolitik. Sie würde umso wirksamer werden, wenn sie auch auf das Vereinigte Königreich zugeht, statt einen schmutzigen Scheidungskrieg über den britischen EU-Austritt zu führen. Denn wenn Europa weltpolitisch handlungsfähig werden will, muss es sich auf seine Kraftquellen besinnen: die grossen Nationalstaaten. Ein starkes Europa braucht koordinierte Führung, die vorhandene Ressourcen zur Geltung bringt und die machtpolitischen Notwendigkeiten mit gegenseitiger Rücksicht verbindet.

… und einen klugen Westen

All das bedeutet im Jahr 2018 eher Selbstbehauptung und sehr viel weniger globale Mission, wie es vor einem Vierteljahrhundert schien. Tatsächlich hat Europa allen Grund, seine historische Besonderheit zu bewahren und zu verteidigen: den Rechtsstaat, Freiheit und Menschenwürde sowie die spezifisch europäische Mischung aus Einheit und Vielfalt. Das grosse Kennzeichen der europäischen Integration ist ihre Ambivalenz: von Vielfalt und Zentralisierung, Subsidiarität und Integrationssog, Vergemeinschaftung und einzelstaatlicher Beharrung, von EU und Nationen, von Integration und Krise.

Damit lässt sich, gerade in historischer Perspektive, ganz gut leben – besser war es eigentlich nie. Die Gefahr liegt freilich in der Ideologisierung. Nach innen droht eine «immer engere Union» Vielfalt und Freiheit zu beschneiden. Und nach aussen hat sich das selbstgewisse globale Missionskonzept des «Westens» nach 1990 als Misserfolgsgeschichte herausgestellt. Abgesehen davon, dass der Westen versäumt hat, nach 1990 zu definieren, wofür er eigentlich wirklich steht, haben gerade asiatische Gesellschaften die technologische Modernisierung und die ökonomischen Freiheiten gerne adaptiert, ohne die Kultur der individuellen Freiheit und der Demokratie zu übernehmen. Möglicherweise ist gerade diese Mischung von westlichen Institutionen mit asiatischen Traditionen und Werten der Grund für den ökonomischen Erfolg der asiatischen Länder um die Jahrtausendwende, der dem Westen erstmals seit der Industrialisierung substantiell Konkurrenz macht.

Der «Westen» ist ein allgemeines politisches Ideal der Individualität, der Freiheit und der Gleichwertigkeit aller Menschen, der Unantastbarkeit der Menschenwürde sowie von Pluralismus, Marktwirtschaft und Demokratie, das gerade durch seine Unbestimmtheit im Konkreten lebt. Es ist ein Ideal der Selbstverständigung über eigene politisch-kulturelle Grundlagen nach innen. Es ist ein Bollwerk der Selbstbehauptung gegen antipluralistische Fundamentalismen nach aussen. Und im Ausnahmefall massiver Menschenrechtsverletzungen ist es eine Verpflichtung zur Intervention – die freilich dem Dilemma nicht entgeht, dass sie in Mali, aber nicht gegen Russland anwendbar ist, allein schon um die Gefahr eines grossen Krieges zu vermeiden. Ansonsten bedarf das Ideal des Westens der Offenheit für die Vielfalt unterschiedlicher Ordnungsentwürfe und des Respekts für die «multiplen Modernen» der anderen. Als globales Modell hingegen, obendrein mit missionarischem Anspruch verbreitet, bestätigt es die Erfahrung, die im 21. Jahrhundert nicht weniger gilt als für die Französische Revolution oder die Kreuzzüge: Die Grenzen zwischen edlen Absichten und unterdrückender Bevormundung sind fliessend. Auch für das Konzept des Westens gilt daher, was der ehemalige Bundesverfassungsrichter Dieter Grimm für die europäische Integration sagte: die Stärke «liegt in einer klugen Begrenzung». ❮

Andreas Rödder

ist Historiker und Professor für Neueste Geschichte an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Von ihm zuletzt erschienen: «21.0 – eine kurze Geschichte der Gegenwart» (C.H. Beck, 2015).

Identität und Geographie: kein gutes Paar

In vielen Ecken Europas sind sezessionistische Bewegungen erfolgreich. Aus dem nachvollziehbaren Wunsch nach mehr politischer Eigenverantwortung wird dabei oft ein gefährliches Wettrennen nach Homogenität und Gleichmacherei. Ein Blick auf drei Epizentren des Sezessionismus.

von Erik Jones

Der Aufschwung sezessionistischer Bewegungen in Europa hält nun beinahe zehn Jahre an. Er begann im Westen des Kontinents mit den belgischen Wahlen 2010, wo die Neuflämische Allianz zur grössten Partei des Landes wurde; im Osten sekundiert wurde er mit der russischen Invasion und Teilung Georgiens. Flamen, Abchasen und Südossetier drängen sich für eine vergleichende Analyse zwar nicht auf den ersten Blick auf, sie haben aber auf den zweiten Blick einiges gemeinsam – ebenso wie die Schotten, die Katalanen und die Russischsprachigen auf der Krim und im Donezbecken.

Und zwar ist das – in groben Zügen – ein politisches Narrativ, das die Berufung auf eine bestimmte Identität mit einem geographischen Anspruch verbindet: Das sind wir, und das ist unser Platz! An dieser Kombination ist wenig Neues, sie ist eines der ältesten politischen Narrative[1], und Bemühungen, seinen Schaden zu begrenzen, haben einen Grossteil der europäischen Geschichte geprägt. Die Versuche, die deutschen Völker während des Zweiten Weltkriegs zu vereinen, sind ein Beispiel, die ethnischen Säuberungen in den ehemaligen jugoslawischen Republiken ein anderes. Es waren blutige, schmerzhafte Erfahrungen. Das Problem an diesem Narrativ ist der inhärente Unwille zur Inklusion: Wer sagt: «Das ist unser Platz», der impliziert damit auch: «Das ist nicht euer Platz – ihr seid hier maximal geduldet, aber eigentlich nicht gleichberechtigt willkommen.» Das Ziel eines Nationalstaates kann nicht maximale ethnische (oder ökonomische, soziale usw.) Homogenität sein, denn dieser Anspruch würde – auch im unrealistischen Fall, dass er sich gewaltfrei durchsetzen liesse – zu Spaltungen in beliebig kleine Einheiten führen. Nationalstaaten zweckmässiger Grösse müssen stattdessen auf Inklusion bauen und Unterschiede produktiv nutzen.

Zeitgenössische Politiker, die den Anspruch auf Identität und Geographie miteinander verbinden wollen, sollten dies also (wenn überhaupt) mit Vorsicht tun. Der Prozess der Sezession ist nicht immer gefährlich, aber er ist schwer zu bewältigen, wenn nicht alle Seiten ihren klaren Willen dazu äussern. Eine friedliche Trennung, wie sie zwischen der Slowakei und der Tschechischen

«Das Ziel eines Nationalstaates kann nicht maximale Homogenität sein, denn dieser Anspruch würde zu Spaltungen in beliebig kleine Einheiten führen.»

Erik Jones

Erik Jones, zvg.

Republik stattgefunden hat, ist die Ausnahme dieser Regel. Wo keine gemeinsamen Motivationen existieren, wo Familien getrennt werden und wo wirtschaftliche Beziehungen nicht leicht zu entwirren sind, ist die Gefahr gross, dass der Konflikt in Gewalt mündet.

Mir scheint: die politischen Verantwortungsträger unserer Zeit sind sich der Macht der Kräfte, die sie entfesseln, nicht bewusst. Politische Identitäten ziehen Groll magisch an, indem sie an vergangene Ungerechtigkeiten erinnern, die dann in Form von Feindseligkeit und Misstrauen auf die gegenwärtigen Generationen projiziert werden. Dies gilt besonders bei sezessionistischen Bewegungen, bei denen sich auf eine bestimmte Identität berufende Gruppen mit einem bestimmten geographischen Anspruch versuchen, sich den – gemäss eigener Darstellung – «Raubzügen» oder Ungerechtigkeiten einer grösseren politischen Einheit zu entziehen. Das jüngste Trauma der Referendumskampagne im Vereinigten Königreich ist insofern relativ aussergewöhnlich, als es sich um eine souveräne Nation handelte, die eine supranationale Regelung verlassen wollte; die Krise in Katalonien verkörpert das allgemeine Problem besser.

Unerklärbare Schweiz

Glücklicherweise lassen sich die Bindungen der Bürger zu grösseren politischen Systemen oder Marktwirtschaften nicht so einfach durch Mobilisierungsversuche der Politiker lockern. Die Schweiz ist ein bemerkenswertes Beispiel für diese Stabilität. Obwohl sie vier Sprachgemeinschaften beherbergt, die sich in relativ diskreten und identifizierbaren geographischen Räumen konzentrieren, ist sie nicht anfällig für Sezessionismus. Populistische Politiker mögen die Wähler zum Beispiel gegen die Einwanderung mobilisieren, aber das führt nicht zu einer verstärkten Spaltung der Schweizer Sprachgemeinschaften, sondern zu einer Spaltung zwischen den In- und den teilweise den gleichen Sprachgemeinschaften angehörenden Ausländern. Diese Situation in der Schweiz ist so beispiellos, dass unter den Forschern kein Konsens besteht, was das Land zusammenhält. Haben sich die Schweizer zu einer einzigartigen Form des multikulturellen Nationalismus entwickelt? Haben sie den Nationalismus ganz aufgegeben? Oder haben sie eine nationale Identität entwickelt, die über sprachliche Unterschiede hinausgeht? Unabhängig davon, welche Option am ehesten zutrifft: Es ist unklar, wie man die Lehren der Schweiz über ihre Grenzen hinaus anwenden kann.

Andere Länder sind nicht so stabil wie die Schweiz – aber doch stabiler, als sie auf den ersten Blick scheinen. Das zeigt sich an einigen westeuropäischen Fällen, die nicht durch externe – d.h. aktuell: russische – Einmischung beeinträchtigt werden. Betrachten wir Flandern, Schottland und Katalonien. In allen drei Fällen konnten die aufflammenden sezessionistischen Bewegungen eingedämmt werden. Diese Stabilität sollte aber nicht als selbstverständlich angesehen werden – vor allem dann nicht, wenn Menschen einen Anlass finden, ihre Beziehungen zu Staaten und Märkten zu ändern. Auch wenn es den sezessionistischen Politikern nicht gelingt, eine Gruppe in plötzlicher Opposition zu ihren nahen Nachbarn zusammenzuschliessen, können sie Bedingungen schaffen, unter denen nationale Gemeinsamkeiten bröckeln, politische Institutionen ihrer Repräsentativität beraubt werden und wirtschaftliche Eigeninteressen divergieren. Das eigentliche Problem ist dann nicht die Verstärkung des Sezessionismus, sondern die Schwächung der nationalen Institutionen.

Flandern

Der belgische Fall zeigt, wie sich dieser Prozess sehr langfristig entwickelt. Belgien wurde Anfang des 19. Jahrhunderts als Union von Oppositionen gegründet. Die Französischsprachigen im Süden und die Flämischsprachigen im Norden des Landes wollten nicht zu Frankreich oder den Niederlanden gehören. Stattdessen beschlossen sie, zusammen zu leben und Französisch als gemeinsame Sprache zu sprechen. Im Laufe der Zeit fühlten sich die Flämischsprachigen jedoch zunehmend benachteiligt und begannen, sich für die Anerkennung ihrer eigenen Sprache einzusetzen. Als sie an die Macht kamen, begann diese Suche nach Sprachrechten und kultureller Identität wichtige Institutionen zu stören und zu spalten. Die nationalen Parteien trennten sich in sprachspezifische Gruppen; die Universitäten wurden geteilt, und man begann, mit einer «personalisierten» Form des Föderalismus zu experimentieren, der die Menschen politisch um ihre kulturelle Identität herum organisierte, wo immer sie auch lebten.

Anfang der 1980er Jahre wandte sich Belgien konventionelleren Formen des geographischen Föderalismus zu, wobei Sprache und Kultur möglichst an den Ort und nicht an die Menschen gebunden wurden. Diese geographische Wende schuf Fehlanreize, denn die französischsprachige Bevölkerung war stärker über die regionalen Grenzen verstreut, während ihr Gegenüber stärker in den nördlichen Regionen konzentriert blieb. Die Frankophonen lehnten die Schaffung harter Sprachgrenzen ab, die Flamen wollten sie. Am Ende dominierte die Geographie. 1993 wurde Belgien zum Bundesstaat. Die Belgier unterhielten Sprachgemeinschaften im frankophonen Teil des Landes und in der Region Brüssel-Hauptstadt, aber in Wirklichkeit begannen sich die beiden Hauptgemeinschaften – die flämische und die frankophone – in völlig unterschiedliche Richtungen zu entwickeln. Heute haben sie z.B. keine parallelen Parteien, die verschiedene Sprachen sprechen, sondern sie haben komplett unterschiedliche Parteiensysteme.

Die Entwicklung in Belgien erklärt, warum der Sezessionismus heute eine solche Bedrohung darstellt. Das Problem ist nicht, dass die Flämischsprachigen plötzlich in ihrer kulturellen Identität aufgewacht wären – der flämische Nationalismus ist seit über einem Jahrhundert eine aktive Kraft. Neu ist, dass flämische Nationalisten nicht nur auf Identitätspolitik angewiesen sind. Die Identität ist nicht mehr so zentral für ihre politischen Argumente. Stattdessen machen sie auf das Versagen der nationalen Institutionen, die – so ihr Vorwurf – das wirtschaftliche Interesse ihrer

«Was Katalonien von Flandern oder Schottland unterscheidet, ist die Konsequenz, mit der sich der spanische Staat Forderungen nach grösserer regionaler Autonomie oder nach einer Volksabstimmung über die politische Unabhängigkeit verweigert.»

Erik Jones

Region nicht vertreten, aufmerksam und zeigen, was sie alles auf regionaler Ebene «alleine» leisten können.[2] Das wirkt überzeugend, weil es Identität mit Geographie verbindet und weil es auf den vielen Veränderungen in den Beziehungen zwischen den verschiedenen Teilen des Landes fusst. Wenn sich heute Belgier aus verschiedenen Sprachgemeinschaften treffen, sprechen sie miteinander ebenso häufig Englisch wie Französisch.

Schottland

Der schottische Fall ist ähnlich. Die Schotten existierten schon immer als eigenständige Nation im Vereinigten Königreich. Sie haben ihre eigene Sprache und kulturelle Identität, aber sie prägten auch die Entwicklung der Bedeutung, Brite zu sein, entscheidend mit. Ausserdem ist die schottische Wirtschaft stark in die Wirtschaft Grossbritanniens integriert. Die Währung sieht zwar anders aus, ist aber funktional gleichwertig. Die anderen Parallelen zu Belgien zeigen sich in der Entstehung einer eigenen nationalistischen politischen Gemeinschaft und der stärkeren Betonung der «kulturellen Eigenart». Die Scottish National Party (SNP) hat diese Entwicklung vorangetrieben. Sie schaffte es, der britischen Regierung Zugeständnisse im Namen der regionalen Autonomie abzuringen. Die Dezentralisierung beschleunigte sich mit der Wahl der «New Labour»-Regierung im Jahr 1997 und dem Versprechen, dass es Schottland erlaubt sein würde, wieder ein eigenes Parlament zusammenzustellen und eine Reihe von öffentlichen Leistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Soziales in lokaler Kompetenz anzubieten.

Das schottische Parlament unterscheidet sich stark vom britischen in Westminster, sowohl beim Wahlsystem als auch in der Art, wie Autorität ausgeübt wird. Das schuf Anreize für die SNP, sich von einer identitätsstiftenden, nationalistischen Partei zu einer eher linken Partei zu entwickeln, die sich auf mehr Solidarität und Bürgernähe konzentriert. Auf diese Weise konnte sie die britische Labour-Partei effektiv aus Schottland verdrängen und ein neues Bild von sich selbst als der besten Vertreterin des schottischen Volkes schaffen. Ihre sezessionistische Agenda hat die SNP nicht fallengelassen, aber sie hat diese Agenda angepasst, um ein breiteres Publikum zu erreichen, das mehr daran interessiert ist, lokale Behörden zur Lösung lokaler Probleme zu haben. Die Ablehnung des Referendums 2014 für die schottische Unabhängigkeit war keine Überraschung – überraschend war eher der doch relativ hohe Ja-Stimmen-Anteil von 45 Prozent. Die britische Regierung hatte mit dem Versprechen gegen die Unabhängigkeit gekämpft, dem schottischen Parlament noch mehr Autonomie zu überlassen. Wenn sie es nicht einhält, kann die SNP leicht argumentieren, die Schotten seien irregeführt worden, und auf einem weiteren Referendum bestehen. Beides zeichnet sich bereits ab.

Die Herausforderung für die SNP ist es nun, den richtigen Zeitpunkt für das Referendum zu finden. Westminster seinerseits versucht zu erklären, warum ein solches Referendum gar nicht legal ist. Nachdem die britische Regierung die Konsequenzen der unheilvollen Verquickung von Identität und Geographie gesehen hat, ist sie nicht bereit, die Gefahr eines weiteren Referendums über die schottische Unabhängigkeit hinzunehmen.

Katalonien

Die katalanische Situation folgt einem ähnlichen Muster langjähriger Appelle an enge Identitätsvorstellungen. Letztere kamen allerdings lange eher vom Rand und verbanden sich erst in den letzten Jahren allmählich mit einer breiteren Kampagne für regionale Autonomie, die auf sich ändernden Beziehungen und politischen Kompetenzen fusst. Was Katalonien von Flandern oder Schottland unterscheidet, ist die Konsequenz, mit der sich der spanische Staat Forderungen nach grösserer regionaler Autonomie oder nach einer Volksabstimmung über die politische Unabhängigkeit verweigert. Obwohl es verlockend ist, den belgischen Staat für den Wechsel zu einer geographischen Föderation oder den britischen Staat für die Duldung eines schottischen Referendums zu kritisieren, legt der katalanische Fall nahe, dass die Alternative noch problematischer sein könnte.

Das katalanische politische System unterscheidet sich schon seit dem Ende des Franco-Regimes und der Verabschiedung der

spanischen Verfassung von 1978 vom übrigen Spanien. Die Verabschiedung eines umstrittenen Autonomiestatuts im Jahr 2006 vergrösserte die Unterschiede sogar noch. Die Katalanen argumentierten, dieses Statut spiegle den wachsenden Wunsch der Bevölkerung nach Selbstverwaltung. Die wichtigsten unionistischen Parteien in Madrid beklagten, es untergrabe wichtige, empfindliche Gleichgewichte innerhalb der spanischen Verfassung. Während dieser Konflikt die Justiz beschäftigte, konnten die separatistischen Parteien in Katalonien in Teilen der Bevölkerung den Eindruck verankern, ihre Interessen würden hintertrieben und ihre Rechte mit Füssen getreten. Die Kampagne baute auf einer Reihe von lokalen Volksabstimmungen über die Unabhängigkeit auf. Die verschiedenen separatistischen Parteien in Katalonien schafften es mit dem Aufbau guter Kooperationen, die Regionalregierung nach den Wahlen im September 2015 zu dominieren. Es folgten ein intensiver Prozess des Institutionenaufbaus auf regionaler Ebene, um Katalonien mit der öffentlichen Verwaltung auszustatten, die es als unabhängiger Staat braucht, und schliesslich das Referendum über die Selbstbestimmung im Herbst 2017. Die Versuche des spanischen Staats, diese Entwicklungen zu verhindern, waren kostspielig, erstens aufgrund der Symbolik der «Unterdrückung», zweitens wegen der Notwendigkeit, die Macht der katalanischen Regierung an sich zu reissen. Jetzt steht Madrid vor einem Dilemma, denn es kann die Kontrolle über die katalanischen Institutionen nicht abgeben, ohne den Separatisten zu erlauben, die politische Führung wiederherzustellen. Je länger diese Pattsituation anhält, desto wahrscheinlicher ist es, dass sich der Widerstand der Separatisten gegen jede Art von Kompromiss verhärtet. Wenn auch der katalanische Separatismus nicht gezwungenermassen zur Sezession führen muss, so ist doch der Einfluss der spanischen Regierung auf die katalanische Region zerbrechlicher geworden.

Fazit

Die Rolle der europäischen Integration in jedem der genannten Beispiele war ambivalent. Man könnte meinen, Europa entziehe den Nationalstaaten Macht und erleichtere es den Regionen damit, ihre Unabhängigkeit zu behaupten. Doch die Realität ist komplizierter: Niemand in den europäischen Institutionen will die Auflösung bestehender Mitgliedsstaaten sehen, und die Institutionen sind nicht dafür konzipiert, erfolgreich sezessionistische Regionen aufzunehmen. Als die katalanische Regierung nach Brüssel floh, wurde sie daher nicht eben herzlich empfangen. Bei ihrem eigenen Referendum wurde die schottische Regierung gewarnt, sie werde Schwierigkeiten haben, mit der Europäischen Union Beziehungen aufzunehmen.

Die Ironie der Geschichte ist, dass mit dem EU-Referendum Grossbritanniens nun der Austritt von Schottland aus der EU bevorsteht, weil die Schotten sich 2014 für den *Verbleib* im Königreich entschieden. Dass das den schottischen Nationalisten neuen Auftrieb gibt, darf nicht überraschen. Den grösseren Gefahrenherd verursacht der Brexit aber anderswo: Der Fall Nordirland ist eine Geschichte über konkurrierende Narrative, die Identität und Geographie in einer explosiven Kombination verbinden. Nordirlands Protestanten wollen ihre Union mit Grossbritannien aufrechterhalten, die Katholiken streben die Vereinigung mit dem Rest Irlands an. Der Konflikt zwischen diesen Gruppen und auch mit dem britischen Staat kochte mehr als ein Vierteljahrhundert lang. Er endete mit einem komplizierten Abkommen über die regionale Machtteilung, an dem alle drei Regierungen – Grossbritannien, Irland und die nordirische Versammlung in Stormont – beteiligt waren. Dieses Abkommen wurde möglich, weil die europäische Integration viele Beziehungen verändert und die irische, britische und nordirische Wirtschaft und Gesellschaft stärker miteinander verbunden hatte. Diese Bindungen laufen nun Gefahr, sich zu lösen. Die wichtigsten Fraktionen in Nordirland sind sich nicht in vielem einig, aber doch darin, dass diese Veränderung in den Beziehungen nicht zugelassen werden darf. Beide Seiten fürchten die Wiedereinführung einer Grenze zwischen Nordirland und dem übrigen Irland oder zwischen Nordirland und Grossbritannien. Sie hatten die politische Verbindung von Identität und Geographie zwischenzeitlich überwunden geglaubt, befürchten nun aber, dass neue Grenzen sie wieder heraufbeschwören könnten. Die Nordiren kennen die möglichen Folgen davon nur zu gut.

Interessanterweise ist es hier also das Bewusstsein für die Macht der Verquickung von Identität und Geographie, das Grossbritannien an die Europäische Union bindet. Vielleicht ist genau das auch mehr als alles andere das Geheimnis der Anomalie Schweiz: Die Schweizer schätzen, was sie haben, und sie wissen, wie leicht es unter den «richtigen» Bedingungen verlorengehen kann. Die Versuchung, Identität mit Geographie zu verbinden, mag auch in der Schweiz bestehen, aber die Schweizer scheinen entschlossen, ihr zu widerstehen.[3] ❮

Aus dem Amerikanischen übersetzt von Lukas Rühli.

[1] Der zeitliche Horizont geht dabei weit über die Moderne hinaus: Man denke etwa an die Kreuzzüge und die sich überschneidenden Ansprüche im Nahen Osten.
[2] Zu glauben, sezessionistische Bewegungen seien generell vor allem durch den Wohlstand der zur Abspaltung drängenden Region getrieben, wäre allerdings eine verkürzte Sichtweise: Flandern ist heute wohlhabend, doch die ersten sezessionistischen Bewegungen fanden in den 1950ern und 1960ern in Wallonien statt, das zu der Zeit gegenüber dem restlichen Belgien in Rückstand geriet. Der Kosovo und Montenegro sind arm im Vergleich zu Serbien, das Baskenland und Katalonien sind reich, Abchasien und Südossetien sind arm. Ein einheitliches Muster ist nicht erkennbar.
[3] Dabei hilft den Schweizern der ausgeprägte symmetrische Föderalismus, der allen Kantonen gleichermassen viel Freiheiten gibt. Diese Lösung unterscheidet sich von asymmetrischen Lösungen wie z.B. in Belgien, Spanien oder Grossbritannien, die als grundsätzlich zentralistisch organisierte Staaten einseitig gewissen Regionen aufgrund sezessionistischer Tendenzen (oder aufgrund eines späten Anschlusses an den Nationalstaat) grössere Autonomie eingeräumt haben. Diese Strategie führt oft nicht zu stabilen Resultaten, denn sie vergrössert die Unterschiede und stärkt damit das Verlangen nach noch grösserer Autonomie.

Erik Jones
ist Professor und Direktor für European and Eurasian Studies an der John Hopkins School of Advanced International Studies (SAIS).

Die aussenpolitischen Handicaps der Schweiz

Ist der Nationalstaat am Ende? Das Gegenteil ist der Fall. Für die Schweiz muss es deshalb darum gehen, ihre drei aussenpolitischen Problemzonen – Neutralität, Föderalismus, direkte Demokratie – in Aktivposten umzumünzen.

von Paul Widmer

Wozu noch über die aussenpolitischen Optionen eines Nationalstaats nachdenken? Die Idealisten unter den Geschichtsdeutern sind ohnehin der Ansicht, der Nationalstaat erübrige sich im Zeitalter der Globalisierung. Seine Kompetenzen gingen zusehends auf andere Akteure über. Und die Pessimisten stellen resigniert fest, die nationale Souveränität löse sich allmählich im Säureband internationaler Sachzwänge auf. Alles laufe, so heisst es, auf ein Ende des Nationalstaats hinaus. Er sei, abgelöst von supranationalen Gebilden, internationalen Organisationen, multinationalen Konzernen, unheimlichen Datensammlern und mächtigen NGOs, nicht mehr der entscheidende Akteur auf der Weltbühne. Ist dem so?

Nationalstaat und Globalisierung

Zweifellos ändert die Globalisierung vieles. Aber die Gleichung «Je mehr Globalisierung, desto weniger Nationalstaat» geht nicht auf. Menschen schliessen sich seit jeher mit ihresgleichen zusammen und bilden zum Schutz Staaten, seit der frühen Neuzeit in Form von Nationalstaaten. Eine eigentliche Gegenbewegung setzte erst mit der Gründung des Völkerbundes ein. Nach der Urkatastrophe des Ersten Weltkriegs suchten einige Siegermächte die Dominanz der Nationalstaaten zu brechen, indem sie erstmals eine weltumspannende Organisation schufen. Doch der Völkerbund scheiterte kläglich, und die Nachfolgeorganisation, die UNO, fällt als Garantin der Friedensordnung auch häufiger durch Schwäche als durch Stärke auf. Die Nationalstaaten indes überlebten und vermehrten sich stark, von knapp 40 im Jahr 1920 auf annähernd 200 heute. Was kann man daraus lernen?

Es ist gefährlich, nationalstaatliche Strömungen zu unterschätzen. Man bezahlt dafür einen bitteren Preis. Auch in Europa. Dazu zwei Beispiele: nach dem Ersten Weltkrieg erlaubten die Siegermächte den Slowaken nicht, einen eigenen Nationalstaat zu gründen. Sie drängten diese, mit den Tschechen zusammen einen einzigen Staat zu bilden. Das Resultat: die Slowaken riefen, kaum bot sich im Zweiten Weltkrieg eine Gelegenheit, ihre eigene slowakische Republik aus. Nach dem Zweiten Weltkrieg wiederholten die Sowjets den Fehler. Erneut pferchten sie die beiden Nationen in einen gemeinsamen Staat – mit dem Resultat, dass die Slowaken, sobald sie nach dem Zerfall des sowjetischen Imperiums frei entscheiden konnten, wiederum ihren eigenen Staat ausriefen. In Jugoslawien war es nicht anders. Ausser einer Handvoll von Intellektuellen wollte kein katholischer Kroate mit den orthodoxen Serben in einem gemeinsamen südserbischen Staat leben. Dennoch mussten die verschiedenen Nationen zweimal, nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg, einen gemeinsamen Staat bilden. Aber dort verlief die Entwicklung weniger friedlich als in der Tschechoslowakei. Die Bilanz ist entsprechend düster. Nach zwei grausamen Bürgerkriegen waren wir am Ende des 20. Jahrhunderts dort angelangt, wo wir mit vernünftigen Friedensverträgen schon zu Beginn des Jahrhunderts hätten sein können, nämlich bei der Respektierung des Wunsches nach Nationalstaaten.

Im letzten Jahrhundert waren die Nationalstaaten die wichtigsten Akteure in der internationalen Politik. Sie sind es heute noch. Sie verschaffen Identität und Heimat, und als Demokratien ermöglichen sie den Bürgern, sich ins staatliche Geschehen einzubringen. Diese Funktionen werden sie noch lange wahrnehmen. Doch heute setzt die Globalisierung sie gewaltig unter Druck. Von allen Seiten werden sie mit Problemen konfrontiert, die sie allein nicht zu schultern vermögen. Ihre Kompetenzen werden zunehmend von transnationalen Gremien überlappt. Deshalb besteht die grösste Herausforderung darin, die Nationalstaaten in den Globalisierungsprozess einzubeziehen. Sie zu unterdrücken macht keinen Sinn. Das sollten wir nach den Erfahrungen des letzten Jahrhunderts kapiert haben. Sie links liegen zu lassen aber auch nicht.

Leider haben die Eliten dieses Problem lange nicht ernst genommen. Auf ihren rituellen Treffen in Davos und anderswo erklärten sie die Globalisierung zu einem Selbstläufer. Mit dem Abbau von Grenzen und Regulierungen würden wirtschaftlich alle profitieren. Und sozusagen nebenher würde eine «Global Governance» auch der Demokratie international zum Durchbruch verhelfen. Das aber stimmte so nicht, weder wirtschaftlich noch politisch. Die Globalisierung erzeugte nicht nur Gewinner. Viele Lohnempfänger und Kleingewerbler standen wirtschaftlich schlechter da als vorher. Und politisch sah die Bilanz nicht besser

aus. Die Übertragung von immer mehr Kompetenzen auf transnationale Entscheidungsträger ging und geht auf Kosten der nationalen Parlamente und letztlich der Stimmbürger. In Europa und Amerika empörten sich viele über diese Entwicklung und bildeten kräftige Gegenbewegungen, häufig mit populistischem Anstrich.

Schweizer Handicaps und Assets

In der Schweiz stellen sich diese Probleme auch, wenngleich in etwas anderer Form. Im Gegensatz zu den andern Staaten ist unser Land mit der direkten Demokratie und dem starken Föderalismus recht konsequent von unten her aufgebaut. Deshalb reagieren die Bürger viel sensibler auf Themen wie Personenfreizügigkeit und Einschränkung des Landesrechts. Im Schweizer Volk wurden diese schon heftig debattiert, als man in den ausländischen Parlamenten noch kaum Notiz davon nahm. Zudem fiel die Empörung über die aussenpolitische Elite gedämpfter aus, vornehmlich weil man diese schon immer an kurzer Leine hielt. Auch trägt der Bürger mit den zahlreichen Abstimmungen viel mehr direkte Verantwortung für das, was geschieht. Man kann die Schuld hierzulande nicht so leicht auf eine abgehobene Klasse schieben.

Die Schweizer haben kein Flair für eine aussenpolitische Elite, wenn es denn überhaupt eine gibt. Im Gegenteil. Sie tun alles, um machtpolitische Ambitionen von Einzelnen zu verhindern. Die Aussenpolitik soll dem Gedeihen im Innern dienen – und sonst nichts. Deshalb muss sich, wer an der aussenpolitischen Front tätig ist, immer mit drei Handicaps herumschlagen: Da ist erstens die *Neutralität.* Sie schränkt den aussenpolitischen Handlungsspielraum gewollt ein und verunmöglicht eine ausgreifende Machtpolitik. Da ist zweitens der starke *Föderalismus.* Mit seiner verästelten Machtteilung erschwert er die Willensbildung bis an die Grenzen des Vernünftigen. Und da ist schliesslich, drittens, die *direkte Demokratie.* Sie verlangsamt die Entscheidungsabläufe enorm und spannt mitunter die Regierung auf die Folter. Ehe das Volk gesprochen hat, weiss man nie, ob man ein gegebenes Wort auch halten kann, siehe zum Beispiel die Blauhelmvorlage. Der Schweizer Staat ist wahrlich nicht für eine schneidige Aussenpolitik geschaffen. Man benötigt oft Jahre für Entscheide, die ein Autokrat in einer Sekunde fällen kann.

Aber das ist kein Versehen. Das will man so. Mit diesen Hürden möchte man verhindern, dass die Innenpolitik zur Geisel von machtpolitischen Gelüsten der Elite wird. Diese ist immer empfänglicher für grosse Würfe als der Normalbürger. Sie möchte gern international mitreden. Das Schweizer Staatswesen ist jedoch auf den Bürger zugeschnitten. Er soll sich möglichst grosser Freiheit erfreuen und in staatlichen Angelegenheiten mitbestimmen können. Der Staat ist da, um die freiheitliche Betätigung seiner Bürger zu schützen, nicht um sich machtpolitisch zu profilieren. Deshalb ist im Schweizer Staatswesen die Aussenpolitik ganz der Innenpolitik untergeordnet. Man kann eben nicht beides gleichzeitig haben: in der Aussenpolitik den Glamour einer Grossmacht und in der Innenpolitik die Vorteile eines Kleinstaats. Das eine setzt dem andern Grenzen.

So werden aus den drei aussenpolitischen Handicaps innenpolitische Assets. Jedes von ihnen verwandelt sich in einen Vorteil. Die direkte Demokratie verschafft den politischen Entscheidungen hohe Legitimität. Der Föderalismus erlaubt einen umfassenden Einbezug der Bürger in die staatlichen Abläufe. Indem man die Entscheidungen möglichst nahe beim Bürger fällt, stellt man sicher, dass jene, welche die Folgen von Entscheiden tragen müssen, nach Möglichkeit auch an ihrem Zustandekommen beteiligt sind. Die Neutralität schliesslich trägt wesentlich zu einer zurückhaltenden Aussenpolitik und zur Wahrung des Friedens bei.

Diese drei Assets bilden, zusammen mit der Mehrsprachigkeit, unsere politische Kultur, prägen unser Staatswesen. Auf ihnen beruht unsere freiheitliche Bürgerdemokratie – ein Modell, das in der Welt ziemlich einzigartig dasteht. Wir werden deswegen auch international geschätzt und als Beispiel gepriesen. Aber das Gegenteil kommt auch vor. Nicht überall hat man am Schweizer Modell Freude. In einem stärker verzahnten Umfeld wächst der Druck, unsere Eigenart abzuschleifen. Natürlich könnten wir von den drei Assets abrücken und in den Mainstream der parlamentarischen Demokratien einbiegen. Doch das würde wohl zu schweren Verwerfungen führen. Die Schweizer Bevölkerung identifiziert sich zu stark mit ihrer politischen Kultur, als dass man diese ungestraft aufgeben könnte.

Deshalb bleibt eigentlich nur eines: wir müssen unseren Kompass immer wieder adjustieren. Das heisst, wir müssen stets von neuem die Grenze eruieren, bis zu der wir gehen können, wenn wir, ohne unsere nationalstaatliche Identität aufzugeben, auf die transnationalen Erfordernisse eingehen wollen. Dazu ein Beispiel aus der gegenwärtigen Diskussion um unser Verhältnis zur EU.

Ein Rahmenabkommen mit der EU?

Der Bundesrat möchte mit der EU ein Rahmenabkommen abschliessen. Darin müsste sich die Schweiz verpflichten, in neuen Verträgen das EU-Recht dynamisch zu übernehmen. Diese Regel soll zudem für fünf wichtige Verträge aus den Bilateralen I gelten. Das geht weit. Kann die Schweiz dieses Risiko eingehen? Ja. In den allermeisten Fällen wird es problemlos sein. Aber wir wissen nie, in welche Richtung die Rechtsentwicklung in der EU läuft. Deshalb darf man einen Blankocheck nur ausstellen, wenn zwei rote Linien beachtet werden. Erstens muss Brüssel akzeptieren, dass die Schweiz das EU-Recht unter Wahrung ihrer direktdemokratischen Tradition übernimmt. Das heisst, das Volk hat, wenn es in einem Referendum danach verlangt, auch bei der Rechtsübernahme das letzte Wort. Es kann eine neue Bestimmung notfalls auch ablehnen. Dann kommt es zu einem Opting-out – ein Vorgehen, das selbst EU-Staaten manchmal für sich in Anspruch nehmen. Lehnt die EU diese Vorbedingung ab, ist der Preis zu hoch. Wir dürfen nicht unseren von unten aufgebauten Staat für eine von oben diktierte Rechtsübernahme aufgeben.

Die zweite rote Linie besteht in den Kompetenzen des Schiedsgerichts. Entscheidet sich die Schweiz für ein Opting-out, darf die

EU Ausgleichsmassnahmen ergreifen. Aber angemessene. Über die Angemessenheit würde ein Schiedsgericht entscheiden. In den allermeisten Streitfällen dürfte es um EU-Recht gehen. Dann muss es die Ansicht des EU-Gerichtshofs einholen. Dieser wird in einem Gutachten dazu Stellung nehmen. Welchen Stellenwert hat dieses? Bisher bestand das EU-Gericht darauf, dass seine Gutachten rechtlich bindende Vorabentscheide seien. Gälte der bindende Charakter auch im vorgeschlagenen Verfahren zur Streitbeilegung, wären dem Schiedsgericht die Hände gebunden. Doch ein Schiedsgericht, das nicht unabhängig entscheiden kann, ist kein Schiedsgericht. Eine derartige Kompetenzbeschneidung dürfte die Schweiz nicht akzeptieren. Trägt ein Rahmenabkommen diesen beiden roten Linien nicht Rechnung, bricht man die Übung besser ab.

Was steht auf dem Spiel?

Den Nationalstaat mit den transnationalen Erfordernissen zu versöhnen, ist nicht leicht. Mühsam müssen wir uns vortasten. Wir wissen wohl, wie wir es nicht machen dürfen. Die Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg mit ihren katastrophalen Folgen mahnen bis heute zur Vorsicht. Aber wie wir es machen sollen, ist schwieriger zu sagen. Nur eines ist sicher: es braucht einen echten Willen zur Zusammenarbeit, aber auch Respekt vor den nationalstaatlichen Eigenheiten.

Probleme, die auf der nationalstaatlich-transnationalen Schnittlinie liegen, sollte man nicht aus einem engen Blickwinkel angehen, etwa nur aus wirtschaftlicher Sicht. Das wäre zu kurzsichtig. Bedeutend mehr als nur eine wirtschaftliche Erfolgsrechnung steht auf dem Spiel. Auch bei einer Sache wie dem Rahmenabkommen geht es um mehr. Letztlich geht es um die Kohäsion eines Landes, um den Erhalt von politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, die ein gedeihliches Wirtschaften erst ermöglichen. Sind diese beschädigt, nützen auch transnationale Arrangements oder die Versprechen der Globalisierung nicht viel. ❮

Paul Widmer

ist Diplomat und Lehrbeauftragter für internationale Beziehungen an der Universität St. Gallen. Von ihm zuletzt erschienen: «Diplomatie. Ein Handbuch» (2014) und «Bundesrat Arthur Hoffmann. Aufstieg und Fall» (2017; beide NZZ Libro).

Anzeige

Teil Ihrer Lösung.

RIHMRECHTSANWÄLTE

Chambers, Best Lawyers und Who's Who Legal 2018: führend in Mergers & Acquisitions, Insolvenz- und Arbeitsrecht.

www.rihm-law.ch